

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3099.

Herausgeber: B. Große in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Nöste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 80 $\frac{1}{2}$.
Bergnügungs-Anzeigen 15 $\frac{1}{2}$, Bergammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 $\frac{1}{2}$ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Sulme bei G. Henrichen** (Saarmann's Werkstätte), **Iphoe** (Westphal'sche Möbelfabrik) und **Zworof**, **Preis Gleitwig** (Werkstatt von Baumeister Busch); von Tischlern und Stellmachern nach **Güstrow i. M.** (Mecklenburgische Waggonfabrik); von Tischlern und Drechselern nach **Soßlar** (Pfeil'sche Möbelfabrik); von Drechselern nach **Sauterberg** (Fabrik Hillegeist) und **Harzburg** (Schulze's Holzbearbeitungsfabrik); von Bürstenmachern nach **Braunschweig** (Werkstatt von Ede, Wendensstraße); von Korbmachern nach **Dölebshausen b. Bremen** (Barre's Werkstatt).

Von den Verwaltungen oder Vertrauensleuten der unter dieser Rubrik genannten Zahlstellen erwarten wir mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres.

Die Redaktion.

Arbeitslohn und Arbeitszeit im Verhältnis zur Arbeitsleistung.

II.

Daß niedrige Löhne und dementsprechende ungenügende, schlechte Lebenshaltung der Arbeiter kein Sporn zu erhöhtem Fleiße und Arbeitsleistung sind, darüber äußert sich ein englischer Schriftsteller in folgenden treffenden Worten: „Haben die niedrigen Löhne der Iren, Polen, Hindus diese fleißig gemacht, oder machten die hohen Löhne der Amerikaner, Engländer und Holländer diese träge? Gerade das Gegentheil. Die Ersteren sind notorisch und sprichwörtlich so träge wie die Letzteren arbeitsam und unternehmend.“

Auch Benjamin Franklin und Senior äußern sich nicht nur in diesem Sinne, sie behaupten auch, daß niedriger Lohn keineswegs billige Arbeit bedeute, das Umgekehrte sei der Fall. So stützt sich der Letztere (der anfänglich heftiger Gegner der englischen Fabrikgesetzgebung war, später aber sich mit derselben befreundete, und in seiner Erregung für die Fabrikanten die uns heute bekannte Bezeichnung vom „Entbehrungslohn“ für Kapitalzins erfand) auf das Urtheil englischer Fabrikanten, die in Frankreich Unternehmungen hatten, daß daselbst trotz der niedrigeren Löhne der Preis der Arbeit eher höher und die Produktion eher lothspieliger sei als in England. Der englische Arbeiter leiste nämlich bedeutend mehr. Infolge der geringeren Leistung der Franzosen seien zur Herstellung einer bestimmten Produktmenge eine größere Anzahl Arbeiter, insolge dessen mehr Gebäude, mehr Aufsicht, kurz ein größeres Kapital, das verzinst sein wolle, notwendig.

Der Lohn in England, sagt Senior, ist dreimal so hoch als in Irland; der Irlander leistet aber nur ein Drittel der Leistung des Engländers: „Man darf annehmen,“ schließt er, „daß der Preis der Arbeit allenthalben und zu allen Zeiten derselbe ist.“ Durch eine Statistik, auf die wir jedoch nicht näher eingehen, wird diese Behauptung bestätigt. Auch Lord Brassey, ein englischer Kapitalist, der in allen Welttheilen große Unternehmungen ausführte, z. B. Eisenbahn- und Brückenbau, konstatiert, daß der Preis der Arbeit in jeder Weltgegend überall derselbe gewesen, einerlei, ob die Löhne hoch waren oder niedrig; denn wo dieselben niedrig, sei auch die Leistung entsprechend niedriger gewesen, dagegen seien da, wo Löhne und Leistungen gering, die Leistungen mit der Erhöhung

der Löhne gestiegen, so daß mitunter der Preis der Arbeit nach der Lohnerhöhung billiger als vorher gewesen sei. Aus dieser Thatsache folgert er, daß es ein Konsens ist, wenn in Zeiten geschäftlichen Niederganges Englands Konkurrenzfähigkeit durch seine höheren Löhne bedroht sein solle. Englands Ausfuhr sei fortwährend im Steigen und namentlich aus den Distrikten, in denen die Löhne am höchsten seien. Als Beweis gegen die Behauptung, daß in England die Preise der Arbeitsprodukte höher sein sollen wie auf dem Kontinent, führt er an, daß die Mülhauser Druckereien den zu bedruckenden Stoff größtentheils aus England bezögen, also doch wohl in England billiger hergestellt würden wie in Mülhausen, trotzdem in Manchester bedeutend höhere Löhne als im Elsaß gezahlt würden.

Der gegentheiligen Meinung von Brassey waren zu damaliger Zeit, im Jahre 1874, als der Glanzperiode des Milliardensegens der unvermeidliche Krach gefolgt war, die preussischen Minister, so u. A. Achenbach, der am 28. März 1876 an die Oberbergämter der Staatswerke schrieb, daß die Arbeitsleistungen gegen früher nicht unerheblich zurückgeblieben, und was ihm umsomehr auffalle, sei, daß da, wo die Löhne erhöht seien, die Leistungen der Arbeiter fast ausnahmslos noch geringer ausgefallen wären; damit die Arbeitsleistung wieder gesteigert würde, glaubt er, in der Ermäßigung der Arbeitsgebote, also Herabsetzung der Löhne den Hebel anzusetzen, empfehlen zu müssen. Aus diesen, aus wenigen unzuverlässigen Zahlen gezogenen unhaltbaren Schlussfolgerungen ist so recht ersichtlich, wie wenig die preussische Verwaltung das Wesen der Volkswirtschaft studirt, und wie viel sie von den praktischen, umsichtigen Engländern und von den einfachen Bergarbeitern hier zu Lande noch lernen könnte; der Protest, den die Bergarbeiter gegen die ungeheuerliche Behauptung des damaligen Handelsministers erhoben, stützte sich auf die statistischen Angaben des damaligen Bergassessors Hiltrop, der nachwies, daß im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Minderung der Leistungen mit der Erniedrigung der Löhne im ursächlichen Zusammenhang stehe, und daß das Verhältniß, in welchem Lohn und Leistung 1874 heruntergegangen sind, fast genau stimmt, denn beide sind um ja. 7 Prozent gefallen.

Auch in Belgien hat man diese Thatsachen bestätigt gefunden; ferner zeigte sich aber auch in einer amtlichen Zusammenstellung von Jahresförderung und Jahresdurchschnittslohn für die Zeit von 1830—1874, daß die größte Leistung des Arbeiters immer da zu finden war, wo die höchsten Löhne gezahlt wurden. Die gleiche Ueberzeugung spricht auch der bekannte österreichische Nationalökonom Theodor Herzka aus. Er zeigt in einer Tabelle, die 3 Jahre umfaßt, daß mit der Erhöhung der Löhne auch die Leistung wie folgt gestiegen ist:

Im Jahre 1870 betrug der Durchschnittslohn 62,3 kr., die Jahresdurchschnittsleistung 1952 Zollzentner, 1871: Durchschnittslohn 70,7 kr., Jahresdurchschnittsleistung 2079 Zollzentner, 1872: Durchschnittslohn 87,8 kr., Jahresdurchschnittsleistung 2323 Zollzentner.

„Die kolossale Steigerung der Produktion, sagt Herzka, „die im Jahre 1872 auf allen Wirtschaftsgeländen, in allen zivilisirten Ländern Europas stattfand, wäre nicht möglich gewesen, ohne eine durch die Lohnsteigerungen hervorgerufene Steigerung der Durchschnittsleistung der Arbeiter!“

Wie schon oben gesagt, folgte dem wirtschaftlichen Aufschwunge zu Anfang der 70er Jahre ein Nieder-

gang, der alle zivilisirten Länder der Welt in Mitleidenschaft zog. Um nun die Ursachen des Darniederliegens der Volkswirtschaft zu erforschen, setzte die englische Regierung eine Kommission ein, die, entgegenge setzt zu den Anschauungen der preussischen Handels- und Finanzminister, „die Niederlage sei auf Konto der hohen Arbeitslöhne und das Streben der Gewerkschaften nach solchen zurückzuführen,“ feststellte, daß das Darniederliegen von Handel und Industrie auch nicht mit einem Schein von Gerechtigkeit dem Wirken der englischen Gewerksvereine und ähnlicher Koalitionen zugeschrieben werden könne, sie hält an der Thatsache fest, daß die hohen Löhne der englischen Arbeiter als Ursache des Niederganges nicht bezeichnet werden können. Dieser Ueberzeugung giebt auch der Präsident der britischen Eisenindustriellen, Sir Bell, Ausdruck. Außerdem sagte er ganz offen: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß die größeren Leistungen des englischen Grubenarbeiters zum größten Theil seiner besseren Bezahlung und seiner höheren Lebenshaltung zuzuschreiben sind.“

Mit diesem Urtheile stimmen auch die Aussagen der Grubenbesitzer Northumberland's vor dem Schiedsgericht von 1875 völlig überein.

Einer recht merkwürdigen Thatsache erinnern wir uns bei dieser Gelegenheit, die sich im Januar 1879 zutrug. Die deutsche Eisen-Enquête-Kommission, bestehend aus mehreren hohen Bergbeamten — auch Freiherr von Stumm war darunter — reichte in der Reichstagssession 1878/79 einen Bericht an den Bundesrath ein, in dem offen anerkannt wird, daß die Leistungen der höher gelohnten englischen Arbeiter höher als die der deutschen veranschlagt werden müssen; daß ferner jede Lohnerhöhung, welche durch die Umstände gerechtfertigt ist, „Leistungsfähigkeit und Moralität erhöht“ und deshalb gegen eine Herabsetzung der Löhne, als auch gegen eine Minderung der Arbeitskraft protestirt werden müsse. Wir lassen hier, um den grellen Widerspruch zwischen den Ansichten des Herrn von Stumm (der den Arbeitern ganz besonders „sympathisch“ ist) von damals und heute zu zeigen, einige Sätze aus dem Berichte folgen:

„Die im Jahre 1869 geltenden Lohnsätze haben sich im Verlauf weniger Jahre — bis 1873 um 30 bis 60 pSt. — erhöht, in einzelnen Branchen sogar verdoppelt, und sind bis heute wieder mit wenigen Ausnahmen auf den Stand von 1869 zurückgebrängt worden. Bei der inzwischen eingetretenen Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse und bei der größeren Anspruchnahme der Steuerkraft der Arbeiter, deren Leistung für öffentliche Zwecke in einzelnen Gemeinden auf 3 bis 5 pSt. ihres Gesamtverdienstes angegeben ist, wird übereinstimmend eine weitere Herabsetzung der Löhne behufs Minderung der Produktionskosten als unzulässig erachtet, wenn nicht die Arbeitskraft vermindert und das leibliche wie geistige Wohl der Arbeiter gefährdet werden soll.“

Wenn auch von vielen Seiten bestritten worden ist, daß die sprunghafte Lohnerhöhung, wie sie die Anforderung an die Eisenindustrie in den Jahren 1871—1872 im Gefolge hatte, in vielen Fällen einen ungünstigen Einfluß auf die Arbeiterbevölkerung im Gefolge hatte (? Die Red.), so daß häufig dadurch die Arbeitsleistung quantitativ und qualitativ verringert wurde (? Die Red.), so ist doch auch dargethan, daß jede Lohnerhöhung, welche durch die Umstände gerechtfertigt ist (wie vorsichtig! Die Red.), eine für die Arbeiterbevölkerung günstige Einwirkung sowohl bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit als auch bezüglich ihrer Moralität mit sich bringt.

Als höchst wichtig erscheint die übereinstimmende Ansicht der Sachverständigen, daß die Leistungen der englischen und belgischen Arbeiter, in gewisser Beziehung auch der französischen, höher veranschlagt werden müssen als die der deutschen.

Was heute der Industriekönig Stumm mit seinem ganzen Einfluß bekämpft, das hat er 1879 mit beständig, nämlich: jede Erhöhung der Arbeitslöhne erhöht nicht die Produktionskosten, sondern vermindert dieselben. Höherer Lohn erhöht die Arbeitskraft und wirkt auch erzieherisch auf die Moralität der Arbeiter. Aber trotzdem erleben wir, daß gerade die Eisenindustriellen in puncto Lohnabzüge in erster Reihe sich befinden, und jeden Versuch der Arbeiter, höhere Löhne, von denen auch bessere Lebenshaltung abhängt, zu erringen, mit den verwerflichsten Mitteln bekämpfen, ja sogar jede freie Bewegung, die sich nach dieser Richtung hin äußert, mit Ausnahme- und verschärften Gesetzesparagraphen niederhalten und unterdrücken, und bei allen reaktionären Maßnahmen und Gesetzesmachereien finden wir ihn, den König von Neunkirchen, den Mitunterzeichner der vorstehend apostrophierten Sätze, als Ersten im Bunde thätig. Doch gehen wir darauf nicht näher ein. Nachdem wir an verschiedenen Beispielen gezeigt, daß infolge höherer Löhne sich die Arbeitsleistung steigerte, wollen wir in einem weiteren Artikel nachweisen, daß dasselbe auch bei verkürzter Arbeitszeit der Fall ist.

Städtische Arbeitsämter.

II.

u. Wenn wir im Vorhergehenden zumeist die städtische Arbeitsvermittlung kritisch betrachteten, ohne den eigentlichen Aufgaben der Arbeitsämter näher zu treten, so hatte dies seine Berechtigung in dem Umstande, daß die erstere fast überall im Vordergrund der beabsichtigten Einrichtungen steht, ja, in vielen Fällen sogar den ganzen Inhalt derselben, wie auch der Name lauten möge, darstellt. Vielfach hat man den Namen Arbeitsamt gebraucht, wo es sich lediglich um eine amtliche Arbeitsvermittlungsstelle handelt, und wo wirklich eine organische Verbindung mit anderen Einrichtungen vorgeesehen ist, da handelt es sich ebenfalls nur um den Ausgleich von Nachfrage und Angebot. Nur in Mainz ist die bestimmte Direktive gegeben, Arbeitslosigkeit- und andere Erhebungen durch das Arbeitsamt, bezw. in Verbindung mit den statistischen Bureauz voranzutreiben zu lassen, während der Frankfurter Entwurf nur eine Uebersetzung des der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle erwachsenden Materials über die Bewegung des Arbeitsmarktes an das städtische statistische Amt auf Anfordern vorsah. Das ist also blutwenig für ein Arbeitsamt, und wenn auch nicht zu verkennen ist, daß dies nur der Anfang einer Reihe von Konzessionen sein soll, von denen die eine die anderen nach sich zieht, so ist doch zu erwägen, ob die bürokratischen Verbarrlichkeiten dieser Institutionen geeignet sind, auf diese Grundlagen weitere Hoffnungen aufzubauen, oder ob es sich lohnt, in weitere Kämpfe für dieselben einzutreten, wenn die Grundlagen so vollständig verfehlt sind.

Wir sind überzeugt, daß solche Einrichtungen nur dann im Interesse der Arbeiter sein können, wenn dabei die Prinzipien der demokratischen Wahl der Vertreter und die der Selbstverwaltung gewahrt bleiben. Daß dies nicht die Arbeiterherrschaft bedeutet, ergibt die von den Arbeitern selbst vorgeschlagene Zugrundelegung der Gewerbegerichtskollegien, die den Unternehmern die gleich starke Vertretung gewährt, wie wir auch gegen die amtliche Leitung einer städtisch besoldeten Persönlichkeit nichts einzuwenden haben, als daß sie auf der Wahl der Leitungskommission hervorgehen, und nicht einfach „ernannt“ werden soll. Es bliebe auch ein anderer Vorschlag, der die Arbeiterklassenorganisation zum Träger der geplanten Institution berufen wissen will, womit jedenfalls die der Ortsparlamenten gemeint ist, zu erwägen, obgleich hierbei schon die 1/2-Vertretung der Arbeiter zu Erwägung kommen müßte.

Da es sich um dauernde Einrichtungen amtlichen Charakters handelt, deren sozialpolitische Wirksamkeit jede bürokratische Zusammenfügung ausschließt, so halten wir ebenfalls die gewählten gesetzlichen Gewerbegerichtskollegien für die geeignetste Grundlage, weil die Gewerbegerichtswahlen den Wünschen der Arbeiter nach am meisten Rechnung tragen. Ihre obligatorische Einsetzung wäre also die notwendige Folge der allgemeinen Ausbreitung der Arbeitsämter. Die Bedenken gegen die Verbindung von Rechtsprechung und Verwaltung, welche die parlamentarische Zentralstelle für Handel und Gewerbe in ihrem Gutachten über diese Angelegenheit äußerte, sind nichtig, wenn das Reich nicht gelehrt hat, die Rechtsprechung in rein gericht-

lichen Angelegenheiten einer Interessenvertretung zu überweisen, so liegt die Verwaltung einer noch intimeren gewerblichen Angelegenheit, wie die Arbeitsvermittlung, die zudem bisher in Laienhänden war, doch viel näher. Es sind lediglich die Bedenken einer Bürokratie, die mit ihrem beherrschenden Buchstabenmechanismus Alles verknöchern und schablonisieren möchte, und der jede freie Selbstverwaltung in der Seele zuwider ist. Sie würde das Ganze zunächst als Stellenvermittlung für Militäranwärter betrachten und am liebsten zur polizeilichen Schubanstalt ausbilden, und es würde uns nicht wundern, wenn man diese Institute zur Regelung der Freizügigkeit benutzte, wie ihre Verbindung mit den Landwirtschaftskammern zur Arbeitsvermittlung auf dem Lande voraussetzen läßt. Von der Organisation der Arbeitsämter wird ihre Wirksamkeit und ihr Nutzen für die Arbeiter abhängen. Bei der Gleichberechtigung, die die Gewerbegerichtswahlen den Arbeitern gönnen, ist ein erprobliches Zustandekommen und Wirken der Arbeitsämter wie auch ein Ausbau nach Wunsch der Arbeiter möglich, wenn auch nur unter Bewahrung gewisser Grundsätze. Jede andere Zusammensetzung der leitenden Körperschaft, die nicht die direkte und gleiche Wahl voraussetzt, benachteiligt die Arbeiter von Anbeginn, gleichviel, welche Vertretung man ihnen gewährt. Ernennung oder Berufung von Beamten oder Vertretern anderer Körperschaften oder Vereine sind unvolkthümlich, wie sie in Erfurt geplant waren, oder wie andere Städte (Berlin u.) vorzugehen gedachten, indem sie gemeinnützige Vereine subventionieren. Ganz besonders dort, wo Gewerbegerichte bestehen oder möglich sind, haben die Arbeiter unter allen Umständen für ihre oder eine mindestens gleichwertige Berücksichtigung einzutreten. Was soll man aber dazu sagen, wenn in einer Stadt, wie Köln, wo die Arbeiter durch rege Agitation ihren Listen bei den Gewerbegerichtswahlen zum Siege verhelfen und diesen Sieg auch gebührend in der Arbeiterpresse feierten, die Gewerkschaften Hand in Hand mit Unternehmervereinen und konfessionellen Arbeitervereinen eine Einrichtung schaffen, die eigentlich der Volkswahl unterstellt werden muß, wie selbst der preussische Handelsminister empfiehlt. Anstatt also dieses Gebiet den beteiligten Klassenvertretungen zu überlassen und die regste Propaganda zu entfalten, um sowohl die Arbeiterlisten, als auch die der Arbeitgeber der Sozialdemokratie zu sichern, entzieht man dort die Einrichtung der Volkswahl und giebt obskuren Vereinen, die Alles bloß keine Klassenvertretungen sind, einen Einfluß auf die Leitung. Auf diesem Wege kann kein volksthümliches Arbeitsamt zu Stande kommen, und ob die Arbeitsvermittlung die berechtigten Interessen der Arbeiter wahr und fördert, ist trotz der hohen städtischen Subvention bei der Ein-Achtel-Vertretung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft recht zweifelhaft.

Da ist zunächst der Ausbau der Arbeitsämter zu statistischen Erhebungen, in Verbindung mit den statistischen Ämtern der Städte, die die Zusammenwirkung von Arbeitern, Gewerbetreibenden und Behörden voraussetzt. Diese Aufgaben können von subventionierten Vereinen oder Verbänden nicht erwartet werden, aber auch Amtsstellen entbehren des fördernden Vertrauens und Entgegenkommens, wenn sie in einseitig bürokratischer Weise vorgehen; da hier sowohl gewerbliche als auch Arbeiterinteressen in Frage kommen, so würde gerade die gleichberechtigte Vertretung beider Klassen geeignet sein, als Stützpunkt solcher Erhebungen zu dienen, und ganz besonders die Arbeiter sind hieran interessiert, als die gewerblichen Interessen bisher von jeder anderen Vertretung in unstatthafter Weise bevorzugt wurden. Der Einwand, daß die amtlichen Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik einen solchen Ausbau der kommunalen Arbeitsämter überflüssig erscheinen ließen, ist hinfällig, da diese Kommission mit Untersuchungen und Vorbereitungen von reichsgesetzlichen Entwürfen betraut, das Gebiet der Lokalistatistik kaum berührt und diese also gar nicht zu ersetzen berufen ist, vielmehr den Charakter einer parlamentarischen Untersuchungskommission trägt und zu ihren Arbeiten die Mitwirkung lokaler Ämter voraussetzt. Zudem ist eine Mehrbelastung der Polizeibehörden oder der jetzigen Gewerbeaufsicht durchaus nicht rathsam im Interesse ihrer gegenwärtigen Obliegenheiten.

Wohl aber erscheint eine Lösung der Polizeibehörden von der jetzigen Gewerbeaufsicht und eine organische Angliederung der Arbeitsämter an letztere als geeignet, Handel, Arbeitsamt und Statistik, wie auch die Gewerbeaufsicht selbst, zu fördern, und da auch die Unternehmer im Arbeitsamt vertreten sind, so sind sie dabei in keiner Weise benachteiligt. Hierbei müßten allerdings Bedenken geltend gemacht werden, den richterlichen Behörden polizeiliche Befugnisse zu

übertragen; aber schon jetzt giebt § 70 des Gewerbegerichtsgesetzes den Gewerbegerichten das Recht, in gewerblichen Fragen, welche die seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Betriebe berühren, Anträge an Behörden oder Vertretungen von Kommunalverbänden zu richten, womit auch die künftige Maßgabe der Arbeitsämter nicht überschritten zu werden braucht, wenn an Stelle der Behörden die Gewerbeinspektion tritt.

Auch bezüglich der Abgabe von Gutachten und Äußerung von Beschwerden bedarf es keiner allzu großer Nachgiebigkeit, da auch für erstere die Gewerbegerichte schon z. B. berechtigt sind. Bis hierher also handelt es sich weniger um Rechtsverweiterungen für die Arbeiter, sondern lediglich um Schaffung einer besseren Zusammenwirkung schon vorhandener Vertretungen und Behörden, die für beide Interessentklassen vortheilhaft wäre. Was den weiteren Ausbau der Arbeitsämter betrifft, so die Ausarbeitung von Geszentwürfen, Reglements und Arbeitsordnungen, die Regelung von Normalstatuten für Arbeitszeit und Minimallohn, sowie für kommunale Lieferungsverträge, die Leitung der kommunalen Werkstätten und Arbeitsbetriebe, die Aufsicht über Wohnungszustände und Gesundheitsverhältnisse, sowie über kommunale Arbeiterwohnungen, so ist auch hierbei das Unternehmertum ein gleichberechtigter Faktor, gegen dessen Mitwirkung nichts geschehen kann, das sich aber der Eindringlichkeit, mit der die tatsächlichen Verhältnisse predigen, nicht entziehen kann. Wir sind zwar nicht optimistisch genug, Alles in schönster Harmonie erfüllt zu sehen, glauben vielmehr, daß es energischer Kämpfe der Arbeiter bedarf, ehe wir auf diesem Wege vorwärts kommen. Das aber ist gewiß, daß solche Hoffnungen und Erwartungen, die wir an die Errichtung von Arbeitsämtern knüpfen, nur erfüllt werden, wenn sich die Arbeiter den gleichen Einfluß wie die Unternehmer sichern und von vornherein jede Fessel sprengen, die man demselben anzulegen gedenkt. Wenn wir unter den gegenwärtigen Umständen, wo der Kampf gegen die Arbeiter seine schönsten Blüten treibt und der Verrath der Volksrechte und die Vergewaltigung der Arbeiter schon greifbar geworden sind, für Arbeitsämter eintreten und sogar selbst die Initiative ergreifen, so müssen wir uns umso mehr der Tragweite unserer Forderungen wie auch des wahren Charakters unserer Gegner bewußt bleiben, und sorgfältig überwachen, daß uns die Saat nicht verdorben wird. Je weniger wir für jetzt fordern, desto mehr Gewicht ist auf das Wie der Erfüllung zu legen; wir müssen die Gegner allmählig, aber mit Verlegung aller Seitenwege und Schliche, auf die schiefe Ebene drängen, wo es dann kein Halten mehr für sie giebt.

Der sozialdemokratische Entwurf ist ein Beweis unserer Voraussicht für diese Reformen. Sie müssen kommen, jetzt oder später, und sie in ein richtiges Gefüge zu hoher Wirksamkeit und allseitiger Befriedigung zu bringen, war die Absicht der sozialdemokratischen Fraktion. So verlangte der Entwurf eine einheitliche Organisation von Arbeitsämtern in Bezirken von nicht unter 200 000 und nicht über 400 000 Einwohnern, aus deren Zentrumstelle das Reichsarbeitsamt zu schaffen sei. Zu ihrem Arbeitsplan gehört die Beaufsichtigung der Gewerbebetriebe und Berichterstattung, die Organisation der Arbeitsvermittlung und die Ueberwachung der gewerbegesetzlichen Bestimmungen. Als Interessenvertretungen wurden Arbeitskammern, aus der gleichen Zahl von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bestehend, die von den großjährigen Wählern auf Grund des direkten, geheimen und gleichen Stimmrechts gewählt sind, vorgeesehen. Zu ihren Obliegenheiten sollten gehören Unterstützung der Arbeitsämter in allen wirtschaftlichen Fragen mit Rath und That, Untersuchungen über die Wirkung von Handels- und Schiffsverkehrsverträgen, Zöllen, Steuern, Abgaben, über Lohnhöhe, Lebensmittel- und Miethspreise, Konkurrenzverhältnisse, Fortbildungsschulen und gewerbliche Anstalten, Modell- und Musterfammlungen, Wohnungszustände, Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung, ferner Beschwerden über gewerbliche Mißstände, Gutachten über Maßregeln und Abfassungen von Geszentwürfen u. Endlich sollten sie als Berufungsinstanz für gewerbliche Schiedsgerichte wirken.

Wenngleich das Gewerbegerichtsgesetz die letzte Forderung erübrigt hat, so ist doch interessant, daß die Verbindung der gewerblichen Rechtsprechung mit den zu errichtenden Arbeitsämtern, wie solche auch der preussische Handelsminister empfiehlt, schon damals, fünf Jahre vor dem Gewerbegerichtsgesetz und zehn Jahre vor Errichtung der Arbeitsämter, in einem sozialdemokratischen Entwurf ausdrücklich vorgesehen war. Auch die sogenannte organische Verbindung der Arbeitsämter, die der Minister bezüglich der Arbeitsvermittlung für wünschenswert hält, ist nur ein schwacher Ab-

Kritik der sozialdemokratischen geforderten zentralen Organisation. Was soll die Zersplitterung in zahllose Einzelstellen und die Schaffung von Nothbehelfen, wie sie die reichsstatistische Kommission darstellt, angesichts der immer schärfer sich geltend machenden Nothwendigkeit der Einheitlichkeit und des organisierten Verkehrs? Ist diese Zersplitterung doch auch auf anderen Gebieten das Hemmnis für jeden Fortschritt, so in der Gewerbeaufsicht, in der Statistik, im Versicherungswesen zc. Weßhalb die zahllosen Organisationen und Amtsstellen auf einem Gebiete, für dessen Zusammenfassung alle Vorbedingungen gegeben sind und deren Erfolg lediglich durch diese Zersplitterung beeinträchtigt wird? Die Antwort ist nicht schwer zu errathen: Weil die Herrschenden gar keine besonderen Erfolge, die vorzüglich die Klagen der Arbeiter begründen würden, wünschen, und weil alle die winzigen Fortschritte nur Angstkonzeßionen sind, keineswegs aber gründliche Sozialreform, einheitliche Sozialpolitik. So wäre auch die reichsgefehlte Einführung von Arbeitsämtern nach dem Plan des sozialdemokratischen Entwurfs z. B. aussichtslos, während die allgemeine Bewirkung die lokale Errichtung solcher Vertretungen begünstigt. Wir werden diese lokale Entwicklung nicht deswegen hindern, weil uns die zentralisirte lieber wäre, versuchen vielmehr, aus ihr die letztere herbeizuführen, da alle Anforderungen zu diesem Resultat drängen. Aber wir fordern nicht nur nominelle, sondern wirkliche Arbeitsämter, und werden in Berücksichtigung unserer Interessen und Erwartungen diese Ausführung überwachen und fördernd lenken.

Und nun zum Schlusse müssen wir ein Kompliment erwähnen, daß ein sozialpolitischer Schriftsteller Dr. E. Lange-Berlin, im „Sozialpol Centralblatt“*) den Arbeitern macht, und das die Ueberhebung mancher Schriftgelehrten unserer Zeit kennzeichnet. Er schreibt: „Dazu kommt noch, daß in den Arbeitsämtern vielen solchen Personen ein Feld der öffentlichen Betätigung geschaffen wird, denen bei regem Allgemeinfinn sonst die Möglichkeit fehlt, sich nutzbringend zu betheiligen. Das an sich durchaus anerkanntenswerthe Bestreben, sich öffentlich geltend zu machen, bringt heutzutage in jedem größeren Orte eine ganze Anzahl von Personen dazu, sich durch Geschwätz in Vereinen und Versammlungen, oder wohl gar in Zeitungen und Schriften bemerkbar zu machen. Besonders gilt dies von den Arbeitern, die heute in Deutschland überhaupt kaum anders für das Gemeinwohl thätig sein können. Diesen, unter denen sich eine große Anzahl äußerst tüchtiger Kräfte befindet, ist nun in den kommunalen Arbeitsämtern ein weites Feld gemeinnütziger Thätigkeit eröffnet.“ Die Thatsachen lassen sich nicht verkehren. Das „Geschwätz“ der Arbeiter, d. h. die unablässige Erörterung und Wiederholung solcher Forderungen hat die öffentliche Meinung und die Regierungen zu Konzessionen gezwungen und war nutzbringender, als das Schweigen der Schriftgelehrten. Und wenn Herr Dr. Lange schließlich zu Thaten auffordert, so darf nicht vergessen werden, daß die Arbeiter schon lange vor ihm thätig gewesen sind, und nicht erst damit warten, bis sich die Herren Gelehrten endlich die Brille gepußt haben, um dann höchst weise zu sehen, was Jeder sieht.

Lage und Aufgaben der Arbeiterklasse.

Ein Vortrag von E.

(Fortsetzung.)

Meine Herren! Betrachten wir einmal die gewaltigen Fortschritte der Produktion, der Gütererzeugung, hervorgerufen durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden und die Verdollkommnung der Maschinen.

Die Arbeiter „Arbeiterstimme“ schrieb einmal über die genannte Entwicklung in der Schweiz:

„In den letzten hundert Jahren hat sich in unserem Lande eine ungeheure Ummwälzung im Wirtschaftsleben vollzogen, wie sie vorher nicht in einem halben Jahrtausend stattgefunden hat.“

Vor hundert Jahren gab es noch keine einzige Fabrik in unserem Lande, heute giebt es deren über 4000; vor hundert Jahren beschäftigte ein Handwerksmeister ein paar Gesellen, heute beschäftigt eine einzige Fabrik über 2000 Arbeiter; vor hundert Jahren war die Anwendung der Raimkräfte gleich Null, heute fließen über hunderttausend Wasser, Dampf, Gas und Elektrizitätskräfte im Dienste der Industrie, des Verkehrs und der Landwirtschaft; vor hundert Jahren gab es noch keine Maschinen, heute arbeitet fast Jedermann mit solchen; vor hundert Jahren gab es noch keine rechten Straßen, heute aber haben wir herrliche Straßen und über 600 Wegstunden Eisenbahnen dazu; vor hundert Jahren gab es so gut wie keine Posten, heute giebt es über 3000 Poststationen; vor hundert Jahren gab es weder Telegraphen, noch Telephon, noch Dampfschiffe, heute aber schreibt, spricht und fährt man mit Dampf und Elektrizität.

„So, vor hundert Jahren sah es in Stadt und Land noch ganz anders aus. Es gab noch keine Lohnarbeiter und keine Kapitalistenklasse; erst mit der Anwendung der Maschinen und mit dem Großbetrieb erwachen Beide.“

Ja, das gerade ist die Ungeheuerlichkeit, daß mit dem Fortschreiten der Produktionsergiebigkeit die Verarmung der großen Volksmasse immer mehr überhand nahm. Obwohl täglich mehr und besser und billiger produziert wurde, war doch die große Masse des Volkes nicht im Stande, die Produkte zu konsumieren. Die Waaren wurden aufgeschichtet, und so sehen wir nun neben den gefüllten Magazinen die bitterste Armut, den Hunger der Armen, Beschloßen!

Woher kommt das? Ich habe es schon gesagt. Daher, daß diejenigen, die da arbeiten und alle die unermesslichen Reichtümer schaffen, im Sklavenjoch einiger wenigen Besitzenden, der Kapitalisten, stehen, daß die Arbeiter nicht den wahren Werth der von ihnen geleisteten Arbeit bezahlt erhalten, sondern nur einen ganz geringen Bruchtheil davon, gerade soviel, als nöthig ist, um nicht bei der Arbeit Hungers zu sterben.

Oder auch noch nicht soviel; denn der Fabrikant hat gar kein Interesse daran — wie es bei den früheren Sklavenhaltern der Fall war —, sich die Arbeitskraft eines Arbeiters so lange als möglich zu erhalten. Ist der Eine ausgebeutet bis auf's Blut, dann ist er überflüssig, zehn Andere stehen bereit und warten nur des Winkes, um sich in dasselbe Joch zu beugen — denn der Hunger thut weh, und der Hunger ist es, der den Arbeiter zwingt, unter den unwürdigsten Bedingungen zu arbeiten.

Aber, wie lange soll dieser Zustand noch dauern? Ist es denkbar, daß die große Arbeiterklasse in diesem Elend zu Grunde gehen darf und kann?

Nein, das kann nicht sein, das ist unmöglich. Die Arbeiter bilden Neunzehntel der gesammten Bevölkerung — wie kann sich diese große Masse von dem übrigen Einzehntel völlig erdrücken, völlig ausfangen, völlig ruinieren lassen! Das kann und wird nicht sein.

Wohl wählet der Kampf um's Dasein, in welchem stets der Stärkere der Sieger ist, auch im Menschenleben in derselben Form und Schärfe, als bei den Thieren und Pflanzen. Und die Stärkeren sind heute die oberen Behtausend, sind die Kapitalisten, weil sie die wirtschaftliche Macht allein in Händen haben.

Aber in diesem Falle wird der Ausgang des Kampfes um's Dasein ein anderer sein, er wird und kann nicht mit der Niederlage der Schwachen, der Arbeiterklasse enden, wenn erst die Angehörigen der Arbeiterklasse in der Mehrheit ihre Ausgaben in diesem Kampfe erkannt haben!

Meine Herren! Die Rettung der Arbeiterklasse liegt einzig darin, daß sich ihre Angehörigen zusammenschließen zu gemeinsamem Handeln, sich vereinigen, sich organisiren!

In der Organisation des Klassenkampfes der Arbeiter ist die Abjüng der Frage gegeben, da die Arbeiter dann nicht mehr die Schwächeren, sondern die Stärkeren im Kampfe sein werden.

Wie war es möglich, meine Herren, daß die Sklavenhalter im Alterthum ihre vielen Sklaven in der Knechtschaft halten konnten, daß hunderte Sklaven sich von einzelnen Aufsehern und Treibern alle Drangsalen und Leiden lebenslänglicher Sklaverei gefallen ließen? — Weil man sie in geschickter Weise von einander getrennt hielt, so daß sie sich nicht mit einander verständigten und berathen konnten.

Als bei einer Gelegenheit im alten Rom der Vorschlag gemacht wurde, sämtliche Sklaven der Umgebung auf dem Marktplatz in Rom zusammenzuführen, da riefen die schlauereren Sklavenbesitzer ganz entschieden davon ab, indem sie sagten: Wir müssen uns davor hüten, den Sklaven Gelegenheit zu geben, ihre eigenen Köpfe zählen zu können. Denn wenn die Sklaven erst über ihre große Anzahl aufgeklärt sind, könnte ihnen auch das Bewußtsein ihrer Macht kommen und sie würden sich weigern, länger Sklaven zu sein! — Diese Einsicht wurde für stichhaltig befunden, und so unterblieb die Ansammlung der Sklaven.

Und die Herren hatten wohl Recht. In ihren Worten liegt die Anerkennung der ungeheuren Macht, die die Vereinigung, die Organisation der Arbeiterklasse repräsentirt. So lange die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen besteht, ist es Thorheit, wenn sich der Arbeiter gleichgültig über dieselbe hinwegsetzt, und sich ihr einzeln auf Gnade oder Ungnade in die Hände liefert.

Zusammenschließen und kämpfen lautet die Parole für die Arbeiterklasse, auf daß dem Einzelnen das Mark nicht vollständig aus den Knochen gezogen wird. In der Vereinigung liegt der Arbeiter eine Waffe, deren Schärfe die Unternehmer fürchten gelernt haben.

Meine Herren! Wenn in den letzten zwei bis drei Jahren auch viele Lohnkämpfe der Arbeiter keinen direkten günstigen Erfolg hatten, so thut das der Bedeutung der Organisation an sich keinen Abbruch. Diese verschiedenen Niederlagen hatten ihre wohl begründete Ursache. Die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche die andauernde Geschäftskrisis herbeigeführt hat, hat es einem großen Theil der früheren Kämpfer unmöglich gemacht, die Opfer des Kampfes, den die Organisation fortgesetzt führen muß, weiterhin zu tragen. Demzufolge haben sich die Reihen der organisierten Arbeiter vorübergehend merklich gelichtet und die Kraft der zurückgebliebenen wurde dadurch natürlich erheblich geschwächt. Ein gewisser Fatalismus machte sich in den Reihen der Arbeiter geltend, und dieser Fatalismus machte den Unternehmern ihre Fortschritte ziemlich leicht.

Heute sind die Aussichten jedoch wieder bedeutend günstiger. Schon regt es sich auch wieder allerorts und sind bemerkenswerthe Erfolge zu verzeichnen. — Es ist eben unabweisbare Nothwendigkeit, im Kampf um die bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen nicht zu erlahmen. Gegenüber der auf Erdrückung des Arbeiters hingelenden Tendenz der kapitalistischen Entwicklung wird die Gegenwehr zu einem Gebot der Selbsterhaltung. Und indem die Arbeiter der Herabdrückung in's Kulthum sich zu erwehren suchen, indem sie mit Einsetzung aller Kräfte für geistige und ökonomische Freiheit kämpfen, sind sie im wahren Sinne des Wortes Kämpfer für die Kultur, für deren Erhaltung und Förderung.

Um aber den Kampf mit Erfolg zu führen, ist Vorzicht auch heute noch sehr geboten. Sehr oft ist die Erfolglosigkeit eines Streiks nur darauf zurückzuführen gewesen, daß die Unternehmer denselben mit berechnender Abticht veranlaßt hatten. Ein hervorragendes Parteiblatt schrieb einmal hierüber recht treffend:

„Das Kapital ist nur dann zu Konzessionen an die Arbeiter zu zwingen, wenn ihm aus der Arbeitseinstellung die Gefahr großer Verluste droht. Geht die Geschäftslage schlecht, sind die Lager voll, so kann es sogar im eigenen Interesse der Kapital-

isten liegen, eine Ruhepause in der Produktion einzutreten zu lassen, um ihnen Luft zu verschaffen. Der einzelne Kapitalist kann aus Rücksichten auf die Konkurrenz seinen Betrieb nicht allein zum Stillstand bringen, die Arbeitseinstellung schafft aber für alle oder doch die Mehrzahl der Konkurrenten die gleiche Lage. Darum haben wir denn in neuerer Zeit mehrfach Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie Streiks direkt von den Kapitalisten in ihrem Interesse provoziert worden sind.“

Für den Erfolg seitens der Arbeiter ist es deshalb immer zwingender auftretende Vorbedingung, den richtigen Zeitpunkt zu erspähen und ihn dann rasch und energisch auszunützen. Die Anforderungen an die berufliche Organisation der Arbeiter und an deren Leiter müssen in Zukunft deshalb nothwendig wachsen. Die Möglichkeit, durch plötzliches Zusammenstreiken zum Zwecke des Streiks Erfolge zu erzielen, wie sie z. B. zu Anfang der siebziger Jahre gegeben war und vielfach auch mit Erfolg benutzt wurde, ist durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung so gut wie ausgeschlossen. Es bedarf der andauernden Organisationsarbeit, der unausgesetzt ausfließenden agitatorischen Thätigkeit, um im günstigen Augenblicke sofort zuschlagen zu können, damit die geeignete kurze Spanne Zeit nicht ungenützt verrinnt.“

Diese Lehre müssen die Arbeiter beherzigen. Es ist der größte Fehler und verhängnißvoll für die Organisationsbestrebungen, wenn sie sich der Ruthlosigkeit hingeben, wenn sie den Glauben an die Organisation verlieren wollten, weil dieselbe anscheinend gegenwärtig ihre Macht nicht betheiligen kann. Wenn die Organisation in letzter Zeit auch mehr in die Defensive zurückgedrängt wurde, so ist sie deshalb doch nicht minder nothwendig und bedeutungsvoll. Wäre die Arbeiterorganisation überhaupt nicht vorhanden und würde die Furcht vor derselben die Unternehmer nicht zurückhalten, so können sie sich verächtlich halten, meine Herren, die Verhältnisse hätten sich für die Arbeiter noch weit, weit ungünstiger gestaltet als dies jetzt der Fall ist.

Also schon allein um die Defensive zu führen, um das bestehende Gute gegen die Angriffe des Unternehmertums zu verteidigen, ist die Erhaltung einer starken Organisation eine Lebensaufgabe der Arbeiterschaft. Aus den vorher angeführten Gründen muß die Organisation aber auch befähigt kampffähig und kampfbereit sein, nicht nur zur Abwehr, sondern auch zum Angriff, sobald ein günstiger Zeitpunkt sich bietet. Denn, meine Herren, das heißt denn doch den Fatalismus auf die Spitze getrieben, wenn Einzelne behaupten wollen, die Zeit der Angriffsstreiks, der Offensive, sei gänzlich vorüber, eine günstige Gelegenheit dazu würde sich nie mehr bieten! So pessimistisch können und dürfen wir doch nicht sein. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krisis dauert allerdings schon zirka drei Jahre, aber nach meiner Meinung hat sie ihren Tiefstand doch bereits überschritten, es lassen sich thatsächlich einzelne Anzeichen einer eintretenden Besserung hier und da schon erkennen und ich kann deshalb den genannten Pessimismus absolut nicht theilen. Ich bin vielmehr der festen Ueberzeugung, daß wir unsere Organisationen auch noch recht oft zum müßigen Angriff gebrauchen werden, einestheils um das in den letzten Jahren Verlorene wieder zu erringen und anderentheils auch noch weitere Vortheile dazu zu gewinnen.

Meine Herren! Bevor ich in meinem Thema weitergehe, gestatten Sie mir, bitte, daß ich Ihnen eine hochinteressante und lehrreiche Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage mittheile, welche der „Schweizerische Sozialdemokrat“ vor einigen Jahren seinen Lesern in folgendem Absatz geboten hat. In demselben wurde u. A. ausgeführt:

„Die Arbeiter, als die Unterdrückten, sind (in dem wirtschaftlichen Kampfe) die natürlichen Angreifer, aber es können auch die Arbeitsherren es für zweckmäßig finden (was je nachdem thatsächlich statgefunden hat), vom Widerstand zum Angriffe überzugehen.“

Es scheint uns keine Frage zu sein, daß die Arbeitsherren als die Besitzer der Produktionsmittel und des Gütervorraths, wenn organisiert, auf gewerkschaftlichem Gebiete die Stärkeren sind. Sie können durch Einstellung der Produktion zwar viel verlieren, aber nicht leicht Alles, was sie wirklich an Vermögen besitzen und nicht dritten Kapitalisten als Gläubigern gehört. Die Arbeiter dagegen sind mit ihren Existenzmitteln bald zu Ende und dann müssen sie hungern.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete müßten also die Arbeiter schließlich im Entscheidungskampfe unterliegen und zur alten Jauch- und bedingungslosen Unterwerfung im angeblich „freien Arbeitsvertrag“ zurückkommen.

Alein so wird das Ende doch nicht sein.

Steht die Produktion einmal in größerem Maßstabe einige Zeit lang still, so giebt es einen unleidlichen Zustand; Hungersnoth, großes Elend tritt ein für die ganze Masse des Volkes.

Dann wird die Frage zur politischen.

Die Staatsgewalt, auch wo sie dem Volke in oberster Instanz zusteht, muß einschreiten.

Da kommt es nun darauf an, in welchen Händen die Staatsgewalt ist und ob die gewerkschaftlichen Gegner dahin zu bringen sind, sich mit dem Einsetze dieser Gewalt zu beruhigen.

Eine Vermittelung wird vielleicht zunächst versucht werden dadurch, daß beiden Theilen ein gewisses Nachgeben zugemuthet wird.

Wird aber auch so ein Friedensschluß erreicht, so kann er der Natur der Dinge nach doch kein dauernder sein. Dieselbe Lage müßte sich bald wiederholen; denn alle Konzessionen, welche die Arbeitsherren den Arbeitern in der kapitalistischen Gesellschaft machen lassen, sind nie im Stande, die Arbeiter dauernd zu befriedigen, d. h. ihnen denjenigen Grad von Freiheit und Wohlstand zu geben, den sie beanspruchen können und dürfen und dem menschlichen Entwicklungsstadium zufolge beanspruchen müssen.

Es muß also ein Tag kommen, an welchem der Kampf zwischen den Produktionsmittelbesitzern und den Beschloßen endgültig entschieden wird.

Das ist der Tag der Beendigung unserer modernen Revolution.

Es ist leicht einzusehen, daß dieses Ende nur darin bestehen kann, daß der Widerstreit zwischen den Interessen der Arbeitsherren und denen der Arbeiter aufgehoben wird.

Entweder müssen die Arbeiter kraft der politischen Staatsgewalt definitiv der Herrschaft des Kapitals, des Produktionsmittelbesitzes unterworfen werden. Das bedeutet die Niederkehr der Sklaverei, wenn auch nicht der perfidischen, so doch der Klassenklaverei. Jede Aufhebung der Arbeiter gegen die Arbeitsherren ist zu verbieten und unmöglich zu machen. Es muß als politische Staatslenkung die Dienst-

*) „Sozialpol. Centralblatt“, 3. Jahrg., Nr. 48.

barkeit der Beschäftigten unter der Produktionsmittelbesitzern fest- gestellt und gesichert sein."

Hier führt alsdann der Verfasser aus, daß dabei immerhin möglichst milde Bedingungen dieser Dienstbarkeit aufgestellt werden, ein gesetzlicher Minimallohn, kürzere Arbeitszeit, Arbeits- losenunterstützung u. eingeführt werden könnten. Aber jeder Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitsherren müßte verboten und bestraft werden. Das wäre die Besiegung der Re- volution durch die kapitalistische Bourgeoisie, eine Friedensherstellung, deren Bestand aber auf die Länge immer zweifelhaft bliebe.

Die andere Möglichkeit, dem Widerstreit der Interessen der Produktionsmittelbesitzer und der Beschäftigten ein Ende zu machen, besteht nicht in der gewaltsamen Unterdrückung des einen der streitenden Theile, sondern in der Aufhebung des Streites durch ein höheres Prinzip, nach welchem die Gesellschaft in wirtschaftlicher Beziehung geordnet wird.

Die Produktionsmittel werden dem Privatbesitz, der Privat- ausbeutung und damit dem Privatinteresse entzogen. Sie fallen dem Staate, dem ganzen Volke, den heutigen Besitzern und Beschäftigten gemeinsam als einheitliche Gesellschaft zu.

Es giebt keine Produktionsmittelbesitzer und keine zu ihrer Verfügung stehenden Beschäftigten, keine „Arbeitsherren“ und „Ar- beiter“ mehr.

Die Vereinigung löst den Streit; es giebt nur noch das gemeinsame Interesse, aus dem Pro- duktionsmitteln durch gemeinsame Arbeit so viel allgemeinen Wohlstand wie möglich zu schaffen!

Das ist die Sozialdemokratie! Ihre Einführung ist die alleinige rettende That; sie ist der Friede, die gleiche Freiheit für Alle und zugleich der wirtschaftliche Fortschritt, der auch den sozialen Fortschritt, den Kulturfortschritt bedeutet."

(Schluß folgt.)

Protest an den Reichskanzler von sämtlichen deutschen Innungsverbänden.

Sie stehen fest zusammen, wie ein Mann, die Innungs- meister aller deutschen Vaterlandes nämlich. Unseren Lesern ist bekannt, daß vom 14.—19. Februar d. J. in Berlin eine Kommission für Arbeiterkataloge tagte, welche die Arbeitsverhält- nisse im Bäcker- und Konditoreigewerbe zu untersuchen und dementsprechend Vorschläge zur Abstellung und Beseitigung drin- gendster Mängel, namentlich in Bezug auf die lange Arbeits- zeit erarbeiten sollte.

Die Kommission hat nun auf Grund der Urtheile, die sie aus den Verhandlungen mit den Auskunftspersonen (Meister und Gesellen) der obigen Gewerbe genommen, bestimmt, dem Bundesrath einen diesbezüglichen Entwurf zur Abänderung des in Frage kommenden § 120 a Abs. 3 der Gewerbeordnung zu unterbreiten. Der Entwurf enthält folgende Vorschläge: Die Arbeitszeit der Gesellen im Bäckerbetriebe darf die Woche 75 Stunden nicht übersteigen. Sarsen von weniger als einer Stunde werden als Arbeitszeit gerechnet. Ueberarbeit darf höchstens an 30 Tagen im Jahre bewilligt werden. An Sonn- tagen muß eine ununterbrochene Ruhepause von 16 Stunden gewährt werden. Kein Lehrling darf im ersten Lehrjahre länger als 11, im zweiten länger als 12 Stunden an einem Tage beschäftigt werden. Im Konditoreigewerbe werden die Be- rühmungen analog den bestehenden festgesetzt, nur soll den Konditoren gestattet sein, an 60 Tagen im Jahre überarbeiten zu lassen. Diese Vorschläge sind es, welche nicht allein die Innungsmeister aller deutschen Vaterlande, sondern auch die Innungsmeister anderer Berufe in Hernecht gebracht haben, weil diese bestreiten, wenn eine gesetzliche Regelung bezüglich eines Maximalarbeitstages im Bäcker- und Konditoreigewerbe eingeführt werde, was auch sie in der Ausübung ihrer Ge- sellen und Lehrlinge beschränken können; und darum heißt es bei den Innungsmeistern: Zur Bekämpfung unserer Interessen- haben wir uns solidarisirt zu erklären! Sagt, gehen! Die Herren haben dem Herrn Reichskanzler Herrn v. Hofen- löcher und zu wissen gelassen, daß sie, die Herren Innungs- meister, sich nicht damit einverstanden erklären können, daß die Bäckerei ihrer Gesellen und Lehrlinge nur 12 Stunden an Tage schänden und einbreiten dürfen, es wird an ihm, dem Herrn Reichskanzler, liegen, zu wählen zwischen dem „kräftigen Mittel- stand“, den Schöpfer von Brot und Altar, oder der „auf Um- würf kommenden Sozialdemokratie.“ Also, entweder — oder!

Wir gehen im Nachstehenden aus dem in der „Allg. Hand- werkerz.“ abgedruckten über zwei Seiten langen Entwurf einige nachstehende Punkte zum Besonderen. Unser Leser möge sich dann selbst die Frage beantworten, ob es wohl noch eine re- chtmäßige und weniger auf Erleichterung berufstätiger Sippe auf dem Erbodeen geht als die Innungsmeister in deutschen Landen. Nachdem dem Reichskanzler die Notwendigkeit des solidarisirten Zusammenhaltens der Innungen aller Berufe zum Widerstande gegen die geplante Ausbreitung der Sozialdemokratie der Bäder- und Konditoreigewerbe klar gemacht ist, geht die Jeremiade los:

„Wir gestatten und bemängeln eingedenk zu bitten: Ein Vorschlag: wollen dem Reichskanzler der Kommission für Arbeiterkataloge nicht Folge geben und nun bezw. An- wagen gemäß des oben angegebenen § 120 a Abs. 3 der Gewerbeordnung bei dem hohen Bundesrathe abgeben.“

Zunächst machen die Herren aus der Kommission der Kommission den Vorwurf, daß sie den Standpunkt vertreten habe, es müsse „unter allen Umständen ein Kampf mit dem Maximalarbeits- tag gemacht werden, gleichviel, ob die davon betroffenen Gewerbe- inderen darunter leiden, oder dadurch eine Erleichterung erlangen.“ In diesem Standpunkt hat die Kommission ihre Aufgabe nicht aufgefaßt; sie hat nach der Sachverständigen-Berathung den- jenigen Standpunkt angenommen, daß im Sinne der Bäckerei etwas für die Arbeiter zu thun sei, nicht eine ganze Klasse dieser Arbeiterkategorie zu Grunde gehen. Das der Kommission an- zugehörige Verzeihen, durch Einführung eines Maximalarbeits- tages den Arbeitern auf eigene Füße zu stellen, um ihn nach- aus mehr der Sozialdemokratie zu übergeben, ist völlig aus der Luft gegriffen. Wenn die Herren Innungsmeister meinen, die Kommission habe sich, da die Unterzeichnungsstelle, wie Kommen- den, Sozialdemokratie- und Arbeiterkataloge, die Position der Sozialdemokratie nicht zu erhellern vermocht haben, sich aus dem Maximalarbeits- tage diese Entscheidung verweigern, so dürfen sie sich mit diesem Argument auf dem Gesetze- wege nicht behaupten, sondern lediglich die eine Thatsache fest- stellen, daß die Kommission die eine Thatsache fest stellt, daß in der gegenwärtigen Ausübung der Arbeiter in besagter Be-

trieben durch Verkürzung der Arbeitszeit eine Schranke setzen wollte.

„Kann man es uns verargen,“ sagen die Innungsmeister, „wenn uns die Befürchtung beschleicht, daß, nachdem man mit den Bäckereien und Konditoren begonnen, alsbald allgemein im deutschen Handwerk mit der gesetzlichen Reglementirung der Arbeit vorgegangen werden wird?“

Ob der jetzt für das Bäckergewerbe vorgeschlagene Maximal- arbeits- tag nicht jene acht, sondern auch zwölf Stunden be- trägt, läßt ihn uns nicht annehmbarer erscheinen, seine ge- setzliche Festsetzung beruht überhaupt auf einer willkür- lichen Annahme, weil er gänzlich den Bedürfnissen unseres Bäckerwerkes widerspricht, er könnte ebenso auf 11 oder 10 Stunden bemessen werden, in welchen letzteren Fällen die verzeigenden Folgen für die Bäckereibetriebe nur um so schreiender und rascher hervortreten müßten. Jeder Schritt auf der Bahn zur Bestimmung eines irgendwie normirten Maximalarbeits- tages bedeutet ein Zugeständnis an die sozial- demokratische Agitation, die dasselbe gewiß als eine Er- munterung und Anerkennung der Berechtigung ihrer An- forderung begrüßen und nicht verfehlen wird, um so stärker infolge dessen auf die Erlangung ihres achtstündigen Arbeits- tages hinzuwirken.“

Wackerlich! Auf einer willkürlichen Annahme, schwindelt man dem Reichskanzler vor, soll die Festsetzung des 12stündigen Arbeits- tages beruhen. Die Arbeitervertreter und sämtliche Auskunfts- personen aus Arbeiterkreisen theils auch aus Arbeitgeberkreisen, haben am 14. und 15. Februar in der Sitzung, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. v. Rotten- burg stattfand, erklärt, daß es möglich ist, den 12stündigen Arbeitstag ohne Schädigung der fraglichen Industrie und ohne Beeinträchtigung des Gewinnes der Meister einzuführen. In 12stündiger Arbeitszeit, erklärt der Gesellenvertreter aus Han- nover, ist es in der dortigen Gewerkschaftsbäckerei möglich, allen Anforderungen zu genügen. Der Vertreter der Gesellen in Dresden, der selbst Besitzer der größten Bäckerei in Ostbau ist, hat den 10stündigen Arbeitstag eingeführt und stellt in dieser Zeit ein größeres Quantum Waare her, als in anderen Bäckereien mit gleicher Anzahl Arbeiter und viel längerer Arbeitszeit. Aber trotzdem willkürliche Annahme!

Jeder gesetzlich fixirte Maximalarbeits- tag zerlegt den Klein- und Großbetrieb, indem er dazu nöthigt, die Anlage der Betriebe und die Beschäftigung in ihnen immer mehr fabrikmäßig zu gestalten, festgesetzte Schichtwechsel in der Arbeits- einteilung der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter eintreten zu lassen und strenge Maßregeln für die Handhabung der polizei- lichen Vorschriften und Verordnungen vorzuziehen. Die Werk- stätten werden immer mehr der Kontrolle durch Beamte ge- geben, sie kommen in ihrer ganzen Arbeitsausgestaltung den Großbetrieben gleich, erhalten nämlich den Charakter von Fabriken, in welchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur als Interessenten der gemeinsamen Produktion, im Uebrigen aber persönlich zueinander kalt und ohne besondere familiäre Ver- hältnisse gegenüberstehen. Der Begriff des Meisters verliert seine handwerksmäßige ehrende Bedeutung, der Ge- sellen frigt zum bloßen Lohnempfänger herab, der Demunziation Uebelwollender bietet sich dabei nur zu leicht willkommenen Gelegenheit. Alle diese mit dem gesetzlich fixirten Maximalarbeits- tage und dem mit ihm rechnenden Fabrikentum verbundenen wirtschaftlichen Folgen widerstreben dem innersten Wesen des Handwerks, welches natürlich darunter mit allen seinen bis- herigen charakteristischen Vorzügen schwinden muß. „Gesetz- licher Maximalarbeits- tag“ und „gesundes Handwerk“ sind, unserer Erfahrung nach, somit einander nicht nur wider- sprechende, sondern geradezu ausschließende Begriffe. Der Anhänger des letzteren muß Gegner des ersteren sein. Wer allerdings dem Standpunkte halbiert, daß die Handwerks- betriebe überhaupt zu bestehen aufhören können, ohne daß darunter die allgemeine nationale Wohlfahrt, Krone und Reich schweren Gefahren entgegengeführt werden, der mag sich zum Fürsprecher des Maximalarbeits- tages anwerben.“

Da kommt der Fuchs zum Lohse heranz; sie sind es ge- wohnt, die Herren, mit ihren Gesellen und Lehrlingen zu schalten und zu walten, wie es ihnen beliebt, und fürchten nun, durch eine event. Kontrolle könnte ihnen das Handwerk gelegt werden. Sie belügen sich und auch den Reichskanzler, indem sie be- haupten, daß durch die Einführung einer geregelten Arbeitszeit die Bäckereibetriebe den Charakter eines fabrikmäßigen Betriebes annehmen, wodurch die familiären Verhältnisse ver- schwinden. Wir sind überzeugt, daß die Gesellen auf das bis- herige familiäre Verhältniß gerne verzichten und lieber zum bloßen Lohnempfänger herabsinken, als zur Ehre des „hand- werksmäßigen“ Meisterberufs und zum Vortheil des Embon- points des Familienoberhauptes sich anstatt 12, 18 Stunden schänden zu lassen; wenn das Handwerk nur dann ein „gesundes“ ist und sein kann, wenn es auf der unbeschränkten, ungewissen- Ausbeutung der Arbeiter beruht, dann mag es zu Grunde gehen. Die Bäckerei, selbst die „familiäre“, werden ihm keine Ehre nachweisen.

Im Uebrigen beherrschern die Junkler dem Reichskanzler, wie gut es ihre Gesellen und Lehrlinge haben, die Gesundheit in überaus fragend, das Reichsgesundheitsamt hat sich durch- aus günstig darüber geäußert.

„Doch Lebensdauer, geringe Erkrankungsgefahr sind wahr- haftig erfindliche Momente, aus welchen zur Beweise die durch- gehende Kräftigung der Angehörigen des Bäckerhandwerks resultirt.“ Soweit es die Bienen und selbigen Bäckereimeister betrifft, können wir die diesem Satze innewohnende Wahrheit allerdings nicht bestreiten, was auch der Bäckereigelle selbst aus Adm, als Vertreter der Kommission, recht treffend in folgenden Worten konstatierte: „Die Bäckereimeister führen ein ruhiges Leben, sie haben sich weniger zu quälen wie alle anderen Handwerker und lassen die Arbeit von den Gesellen machen.“

Bezüglich der Gesundheit der Gesellen ist er aber anderer Meinung, indem er sagt, daß die Gesellen infolge der Ueber- anforderung in der Schicht übermäßig und geistig hinter den anderen Arbeitern zurückbleiben.“ Nun, ein Blick auf die wohl- beleibten Bäckereimeister und deren gebürte Gesellen zeigt uns recht deutlich, auf welcher Seite wir die Wahrheit zu suchen haben. Wenn die Herren Bäckereimeister auch zum Uebermaß betonen, daß das Bäckergewerbe noch ein durchaus zünftiges ist und daher die Sozialdemokratie nur ausnahmsweise Eingang gefunden habe, so glauben wir das, nehmen aber nicht an, daß die Regierung dem zünftigen Handwerk zu Liebe die „guten, alten, glücklichen“ Handwerks- Verhältnisse“ zum Nachtheile einer ganzen Reihe von Mitmenschen bestehen lassen wird, sondern, so auch es den ganz gebildeten Bäder-

meistern auch thun mag, mit rauher Hand in die ihnen so lieb gewordene familiäre Einrichtung, die die Ausbeutung ihrer Familienmitglieder, genannt Gesellen und Lehrlinge, in der un- verschämtesten Art und Weise bisher gestattet, eingreift, um einigermaßen menschenwürdige Behandlung derselben anzubahnen, selbst auf die Gefahr hin, daß „die angenehme Stellung der Gesellen und Lehrlinge zu und in der Familie des Broggebers,“ von der man dem Reichs- kanzler vorschwafelt, „etwas beeinträchtigt wird.“

Der Feststellung in der Kommission, daß bereits in mehr denn 50 pSt. der Bäckereien die zwölfstündige Arbeitszeit ein- geführt ist, suchen die Innungen dadurch zu begegnen, daß sie diese Betriebe zu denjenigen zählen, die neben der Bäckerei noch Landwirtschaft betreiben oder Gastwirthschaft und Händler sind. Die Gesellen könnten die Zeit nicht allein mit Nachthätigkeit ausfüllen und gingen in den übrigen Stunden den Neben- beschäftigungen des Meisters nach. Diese Betriebe gehörten nicht zu den fortgeschrittenen, und deshalb dürfte man an diesen zur Einführung eines Maximalarbeits- tages für die übrigen 50 pSt. auch nicht den Maßstab anlegen, denn:

„Der volle Druck des Maximalarbeits- tages würde dem- nach lediglich die strebsamen, man darf sagen, zu „Kunsthand- werkern“ entwickelten Meister des Faches treffen, welche dar- unter zum großen Theil in ihrer Tatkraft leiben und in ihren Verdiensten zurückgehen würden. Es steht unzweifelhaft fest, daß der gutsituirte Bäckerstand den 12stündigen Maximal- arbeits- tag und die mit seiner Durchführung verbundene behör- dliche Reglementirung und polizeiliche Kontrolle nicht ohne schwere Einbuße an innerer Gesundheit anhalten kann! Lediglich der anhaltende Fleiß und die längere Arbeitszeit haben bisher unser Bäckerhandwerk die schwere Konkurrenz der Brotfabriken sie- glich überwinden lassen und es befähigt, seine gegenwärtige anerkannterthe technische Vollendung zu erreichen. Man möge nur in Vergleich ziehen das, was vor etwa 25 bis 30 Jahren unsere Bäder in Berlin und den übrigen größeren Städten, geschweige in den kleinen Landstädten und Dörfern, leisteten, und verfolge den ohne Maximalarbeits- tag heute errungenen hohen Standpunkt, und man wird zugeben, daß es nicht wohlgethan wäre, solches dankenswerthe, im Interesse des konsumirenden Publikums geübte Vorwärtstreben durch gezieltes Dazwischenfahren mit einem Male zu unterbinden und zum Stillstande zu verurtheilen.“

Also, damit die Bäckereimeister auch künftig noch Kunst- kringel, Kunstbrot und Kunstjammel backen dürfen, muß die Arbeitszeit wie bisher 18 Stunden und noch mehr betragen. Wahrlich, da wird der Herr Reichskanzler nicht umhin können, ob der den mittelalterlich bezopften Köpfen entquollenen Weis- heit seine Reberenz zu machen. Seine Bewunderung vor den zünftlerischen „Nachhütengeistern“ wird sich aber noch mehr steigern, wenn er liest, daß der Auffassung des „Kunst- kringelgewerbes“ und der heute errungene hohe Standpunkt „ohne den Maximalarbeits- tag“, d. h. nur in- folge der unbeschränkten maßlosten Aus- beutung der Gesellen und Lehrlinge möglich war, „und dieses dankenswerthe, im Interesse des konsumi- renden Publikums (!!) geübte Vorwärtstreben“ soll durch ge- setzliches Dazwischenfahren beseitigt werden!?

Das geht nie und nimmer! Thron und Altar werden sonst wie ein alter morischer Backofen zusammensürzen! Nein, nein! Die Bäckereimeister malen nicht „Grau in Grau“, sie sind fest davon überzeugt, daß das Bäckerhandwerk durch den Maximalarbeits- tag sich bezimern, zerlegen und auflösen wird, und dann hat der Staat seine kräftigste Stütze verloren! Diese drohende Gefahr erkennend, erheben die gesammten Handwerker, d. h. die Junkler, ihre mahnende Stimme, abzulassen von einem Schritte, der dem Staat, dem Handwerkerstand und auch — den Bäckereigesellen — zum Nachtheile gereichen wird.

Ja, ganz gewiß, lieber Leser, dem Bäckereigesellen soll die zwölfstündige Arbeitszeit zum Schaden sein, dem Reichskanzler ist es in folgenden Zeilen schwarz auf weiß unterbreitet, und da muß es wahr sein. Wir lesen da:

„Der Beweis wird nicht zu erbringen sein, daß der Maximalarbeits- tag einen gesundheitlich besser ist heute dastehenden Bäckerstand herbeizuführen geeignet ist. Schon darum müssen wir ein gewerbliches Vorgehen damit als ein geradezu die z. ierelle Lage der Bäckereigesellen, auf deren Besserung es doch zunächst abgesehen ist, schädigendes Hamten hinstellen, weil unaufhaltam ein Sinken des Arbeitslohnes für den einzelnen Gesellen eintreten wird. Noch ist eben nicht der Nachweis geführt worden, daß durch Minderarbeiten er- höhte Einnahmen bezogen werden können; es wird dadurch wohl eine gründliche Umwälzung in den gesammten Arbeits- verhältnissen des Bäckerhandwerks herbeigeführt, welche aber nicht als eine Minderung der Arbeiterlöhne, sondern als eine Schwächung der Arbeitgeberkraft sich herausstellen und gewiß auch als eine dauernde Zurückdrückung der Arbeiterinteressen sich erweisen wird. Der Maximalarbeits- tag mischt sich will- kürlich in die freie Arbeitstätigkeit im Bäckergewerbe ein, ohne die Konsumtionsfähigkeit des laufenden Publikums irgendwie zu stärken, gewährt also umsonst einen Faktor zur Erigerung des Arbeitslohnes, als durch ihn auch die persönliche Freiheit des Bäckereigesellen beschränkt und derselbe behindert wird, über den gesetzlich zugelassenen Spielraum hinaus Arbeitsstunden freiwillig zur Minderung seiner tech- nischen Fertigkeiten in der Nachhabe aufzuwenden.“

Die vollwirtschaftliche Gerechtigkeit waltet im Leben des Einzelnen wie ganzer Völker. Das gesetzlich verordnete Minderarbeiten der jungen Bäder rächt sich in deren Alter in den durchschnittlich geringeren Vermögensreserven, die Chancen des Selbstständigwerdens vermindern sich, wogegen sich die Nothwendigkeit mehrt, noch in späteren Lebensjahren schwer arbeiten zu müssen.“

Ans den angeführten Sätzen spricht nicht allein die totale Unkenntnis der wirtschaftlichen und ökonomischen Fragen, sondern sie lassen uns auch, und zwar recht deutlich, das wahre Gesicht dieser Innungsphilister erkennen.

Wir wollen den Nachhütengeistern schon heute verrathen, daß, sobald die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt sein wird und die Gesellen mehr freie Zeit gewinnen, sie dieselbe nicht, wie es die Herren Meister bisher so gerne praktisirten, zur Minderung der technischen Fertigkeiten (soll wohl Minderung des Entbehrungslohnes für den Meister heißen) in der Nachhabe, sondern zu ihrer geistigen Ausbildung in der Organi- sation in Gemeinschaft ihrer Kollegen verwenden werden; und wenn sie begriffen haben, daß die Organisation eine Macht ist, dann wird auch den Bäckereimeistern die Wahrheit des Satzes be- greiflich gemacht werden, daß verkürzte Arbeitszeit nicht ein-

John re b u z i r u n g, sondern eine John e r h ö h u n g bedeutet. Was die Eingriffe in die persönliche Freiheit der Gesellen anbelangt, nun, darüber dürfen die Herren Bäckermeister beruhigt sein, ihre Gesellen werden sich damit schon abzufinden wissen.

Haben die Gesellen bei den bisherigen Löhnen, wie ihre Vertreter sagten, nicht die Möglichkeit, einmal selbstständig zu werden (was durch die wirtschaftliche Entwicklung vollkommen befähigt wird), sondern wenn sie verheiratet, meist in anderen Berufen Beschäftigung suchen müssen, so wird ihnen die Gelegenheit, solche zu finden, eher geboten sein als früher, wo sie infolge der Auspönerung durch lange Arbeitszeit nicht einmal im Stande waren, jede ihnen angebotene Arbeit anzunehmen.

Doch verabschieden wir uns von den deutschen Bäckermeistern, deren „Wohlfahrtsfähigkeit und Wohlstand sich gottlob verallgemeinert hat und deren innewohnender Begriff von Handwerks e h r e s garnicht zuläßt, daß Arbeiter in Bäckerwerkstätten ausgebeutet werden.“ Wenden wir uns ab von einer Stippe, die pharisäerhafterweise jede Ausbeutung ihrer Gesellen und Befehlshaber bestrafte und in demselben Athemzuge erklärt, daß sie ohne die Ausbeutung derselben nicht bestehen kann, die dem Reichsanzler weiß zu machen sucht, „daß die Arbeitsverhältnisse in den Bäckerwerkstätten nicht so betrübend sind, wie sie von Gegnern hingestellt werden,“ abgleich die Zustände, wie statistisch festgelegt, zum Himmel schreien; die, wie immer, so auch jetzt offen für Bevormundungen ihrer Arbeiter enthusiastisch sind und, wie schon seit Jahrzehnten, immer wieder nach veralteten, vermodernten Einrichtungen einer längst vergangenen Zeitperiode streben, nur in Zwangsinnungen und im Befähigungsnachweis alles Heil erblickten. Verlassen wir sie, diese rückständige Gesellschaft, und überlassen wir sie ihrem kommenden, aber wohlverdienten Schicksale der Aufbewahrung — zum Andenken und zur Erinnerung an mittelalterliche Popsträger am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in der — Kumpfkammer.

Herrliche Ansichten

eröffnen sich den deutschen Möbeltischlermeistern und deren Gesellen, wenn der wohlgemeinte Rath des amerikanischen Konsuls G. W. S. Tingle in Braunschweig, den er den amerikanischen Möbelfabrikanten ertheilt, von diesen befolgt wird. Er giebt ihnen nämlich zeitgemäße Fingerzeige, wie sie in Deutschland einen Markt für billige aber solide amerikanische Möbel finden können und führt dann weiter aus:

„Die Deutschen leisten in der Fabrikation gewöhnlicher Möbel nichts. Der Grund dafür liegt vielleicht in dem Mangel an Holz, oder weil die Deutschen sich nicht an so vielerlei Möbel gewöhnt haben wie die Amerikaner. Doch was auch der Grund sein mag, Thatsache ist, daß es, allgemein gesprochen, in Deutschland keine guten Möbel giebt. Vielfaches Nachforschen hat den Konsul zu der Ansicht geführt, daß sich in Deutschland ein ausgezeichnetes Absatzgebiet für amerikanische Möbel finden lasse. Angesichts der ungeheuren Produktion der amerikanischen Möbelfabriken wäre ein Versuch, den Markt auszuweiten, sicherlich der Mühe werth. Die Deutschen sind zwar konservativ, doch nicht bis zu dem Grade, daß sie nicht einen ausländischen Artikel, wenn er besser ist als der inländische, aber ebenso billig, kaufen sollten. Besonders Gewicht muß auf Billigkeit gelegt werden, denn Sparsamkeit ist vielleicht die hervorstechendste charakteristische Eigenthümlichkeit der Deutschen, weswegen der Deutsche im Allgemeinen, anstatt sein Geld aus dem Fenster zu werfen, jede Mark, die er ausgiebt, erst sorgfältig umdreht.

Wenn also amerikanische Möbelfabrikanten in Deutschland Geschäfte machen wollen, müssen sie nicht nur eine gute Waare bieten, sondern auch eine so billige, daß sie mit den deutschen Fabrikanten konkurriren kann. Was die gewöhnlichen deutschen Haushaltungsmöbel betrifft, so können sich dieselben in keiner Weise an Schönheit, guter Arbeit, praktischer Einrichtung und Stärke mit den amerikanischen vergleichen. Es ist selten, daß man einen Tisch oder ein Pult findet, das grade auf den Weinen steht, und noch seltener sind gewöhnliche Stühle, die nicht nach einigem Gebrauch entzwei gehen. Bequeme Stühle nach amerikanischer Art sind fast unbekannt und der gewöhnliche Polsterstuhl, den man in den Gesellschaftszimmern hat, ist zwar kräftig genug, doch nichts weniger als schön.

Eine sehr einfache Bettstelle aus Walnußholz, eine kleine Kommode mit einem darüber hängenden Spiegel und eine altmodische Waschtiselle mit Marmorplatte, daneben zwei oder drei ordinäre Stühle, bilden die ganze Ausstattung des Schlafzimmers der Wohlhabenden. Im Speisezimmer sind die Möbel etwas besser; die Buffets haben ein ziemlich elegantes Aussehen, doch die Tische sind nicht nur von äußerster Einfachheit, sondern auch sehr unzuverlässig, so daß man, wenn man einen Ansehenlich kauft, das Risiko hat, daß er nach kurzem Gebrauch sich nicht mehr ausziehen läßt. Es giebt Duzende von Möbeln, die in den Vereinigten Staaten fast als durchaus nöthig gelten, in Deutschland aber sehr wenig bekannt sind und die man deswegen dort einführen könnte. Ein Importhandel ließe sich durch Kommissionshäuser in Hamburg vermitteln. Was die weitere Entwicklung einer Möbelfabrik nach Deutschland betrifft, so glaubt der Konsul, daß es das Beste wäre, wenn die Vertreter amerikanischer Möbelfabrikanten einige sachkundige Redatoren nach Deutschland schickte und die Frage gehörig Rudern läßt.

Der Zolltarif stellt sich folgendermaßen: Rohes Möbel, unangezeichnet M. 3 per 100 Kilogramm (56 Cent per 100 Pfund); mit Verzierung oder angezeichnet M. 10 per 100 Kilogramm (Doll. 1,20 per 100 Pfund); gepolstert aber unbezogen, M. 30 per 100 Kilogramm (Doll. 3,60 per 100 Pfund); gepolstert und bezogen M. 40 per 100 Kilogramm (Doll. 4,80 per 100 Pfund). Die Fracht von Newyork nach Hamburg beträgt M. 10 per 100 Kilogramm (Doll. 1,20 per 100 Pfund).“

Wir befreiten nicht, daß Herr Tingle in sehr vielen Punkten den Jagel auf den Kopf getroffen hat denn erkennen herrlich hier zur Rehabilitation einfacher Raubbaummöbel nicht allein nur Holz, sondern weil die Preise für dies Holz zu hoch sind, und zweitens ist die deutsche Bevölkerung, soweit die Arbeiterbevölkerung, und man kann ruhig sagen, auch der Mittelstand in Betracht kommt, infolge ihrer beschränkten Mittel an Bedürfnislosigkeit gewöhnt worden, so daß, wenn nicht ein glücklicher Auffschwung eintritt, auch die amerikanischen Möbelfabrikanten keine Aussicht auf große lohnende Geschäfte haben werden. Bezüglich der Zimmerausstattungen in wohlhabenden Kreisen befindet sich der Rathgeber entschieden im Irrthum; hier sind die Ausstattungen keineswegs so einfach als er annimmt, diese lassen vielmehr ein elegantes und auch künstlerischer Ausführung nicht zu wünschen übrig. Ein Auftrag bei den Möbelfabrikanten Heumann und Busch & Co., Hamburg, ferner Seuermann in Flensburg würde

unserer Ansicht bestätigen; man würde ihm mit Recht antworten, daß bei ihnen Ausstattungen gefertigt werden, deren sich ein englischer Lord, ja selbst ein amerikanischer Pullman nicht zu schämen brauchte. Man würde dem Herrn Tingle ferner sagen, daß zur Einführung amerikanischer Möbel gar keine Nothwendigkeit vorliegt, da Möbel hier genügend auf Lager und Tischlergesellen zu Tausenden vorhanden sind, die gerne noch mehr anfertigen würden, wenn nur der nöthige Absatz zu finden und alle diejenigen, welche Bedarf an Möbeln haben, die erforderlichen Mittel hätten. Wenn diese so reichlich vorhanden wären, Herr Tingle dürfte überzeugt sein, daß die Deutschen weniger sparsam und weniger konservativ wären als sie es leider unter den obwaltenden Umständen sind. Gerade dem Umstande, daß die große Masse des Volkes, die Bedarf an Möbeln hat, ohne Mittel ist, ist es zuzuschreiben, daß die Schundmöbelfabrikation, die in wucherischen Abzählungsgeschäften ihre Niederlagen hat, einen so immensen Umfang angenommen hat. Der Herr Tingle darf überzeugt sein, daß mit demselben Tage, an welchem der Arbeiter- und Mittelstand in die Lage käme, über größere Mittel zu verfügen, diese Fabrikation mit einem Schläge aufhören und den besseren Möbeln der Markt offen stehen würde. Da diese Periode aber auf sich warten lassen wird, so dürfte denjenigen amerikanischen Möbelfabrikanten, die in Deutschland Geschäfte machen wollen, mit dem Rathe des Herrn Tingle wenig gebietet sein.

Sozialpolitische Rundschau.

Ein Weihnachtsgeschenk für die Sozialdemokratie in Aussicht. Wie offiziell bestätigt, soll der Reichstag am 5. Dezember zusammentreten. Da aber durch die feierliche Einweihung des Reichstagsgebäudes an zwei Tage verloren gehen und ferner ein katholischer Feiertag und ein Sonntag sich daran anschließen, dürfte vor dem 10. an eine Berathung der sogenannten Umkehrvorlage nicht zu denken sein. Es bleiben, da am 15. Dezember schon die Ferien beginnen, für die Durchberathung nur 5 Tage übrig. Wenn nun die Vorlage nicht angenommen werden sollte, dann soll, wie verlautet, der Reichstag aufgelöst werden. Ein besseres Weihnachtsgeschenk könnte uns wahrlich nicht werden. Also nur drauf und dran.

Der Antrag der bayerischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten beim Gesamtministerium auf sofortige Einberufung des Landtages ist abgelehnt worden und zwar aus — gar keinen Gründen. Mit trockenen Worten wird gesagt:

„Das kgl. Gesamtministerium findet keine Veranlassung, Allerhöchsten Ortes den Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages zu stellen.“ Wenn die Regierung glaubt, je länger die Debatte über die Fuchsmühlener Angelegenheit hinausgeschoben wird, desto mehr werden die peinlichen Eindrücke darüber im Volke verwinden, so dürfte sie sich irren. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Wahlstiege. In Würzen wurde unser Genosse Künzel, bisheriger Vizevorsitzer des Stadtverordnetenkollegiums, als Stadtrath gewählt. Er sowohl wie der Demokrat Kießling erhielten je 10 Stimmen von den sämmtlich anwesenden 18 Stadtverordneten.

In Froburg wurde Genosse Mittel als Stadtverordneter und Louis Schumann als Ersatzmann gewählt.

In Lambrecht haben unsere Genossen mehrere ihrer zur Stadtrathswahl aufgestellten Kandidaten mit hohen Stimmenzahlen durchgebracht. Bravo!

In Gera wurden bei der am 20. v. M. stattgefundenen Gemeinderathswahl 11 sozialdemokratische Kandidaten mit 1139—1676 Stimmen gewählt.

In Debschitz siegten sämmtliche 9 Kandidaten der Arbeiterpartei.

Zur Nachahmung empfohlen! Die Stadtverordneten in Mühlheim a. Rh. lehnten die gesammten von der Stadtbehörde im Verein mit der verstärkten Finanzkommission zur Annahme empfohlenen indirekten Steuern, als Biersteuer, Lugssteuer, Umsatzsteuer, ab und beschloßen zur Redung des Defizits eine Erhöhung der Einkommensteuer und Realsteuer. Bravo!

In Wiesbaden wurden bei der Ortskrankenkassenwahl sämmtliche von der Sozialdemokratie aufgestellten Arbeitervertreter zur Generalversammlung gewählt. Desgleichen in Offenburg 50 sozialistische Kandidaten und 19 der vereinigten Gegner.

Die Kosten des Gewerbegerichts in Leipzig betragen im Jahre 1893 die Summe von nur M. 2599,50. Wahrscheinlich eine winzige Summe gegenüber den Vortheilen, die ein Gewerbegericht, wenn ordentlich geleitet, den Interessenten bieten kann.

Ihr wahres Gesicht zeigten die Ordnungsbüchler in einer Leipziger Versammlung, die vom konservativen Verein einberufen war. Der Kammerherr von Blumenthal legte u. A.: „Die staatliche Politik und die Faltung der oberen und mittleren Stände gegenüber den unkurzbefreungen hat zu bestehen in einer Verhinderung der Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. . . . Die Gesetzgebung müsse das Wahlrecht an ein reiferes Alter binden, die Wahlpflicht und das Pluralvotum nach Art Belgiens einführen, der politische Restraffe müsse unter Polizeiaufsicht gestellt werden, aber nicht im Inlande, in den Kolonien (Stürmischer Beifall) Pres., Vereins- und Versammlungsgesetz seien zu verstärken, der Boykott zu bestrafen. Der äußerste Kampf sei näher, als Manche dächten. Die Reichsregierungbranche selbst vor mehrmaligen Anschlägen des Reichstages nicht zurückzucken. Was Crispien gekonnt habe, das könne Gohene lohe auch.“

Die Vorschläge sind unzweifelhaft sehr praktisch. Wie schön wäre es, die Anführer von Sozialdemokraten nach Kamerun verbannt zu wissen, die Stützen von Staat und Gesellschaft könnten dann so sicher ungerührt und unbehelligt im Reichstage und in den Landtagen ihrem Interesse, dem Interesse des Geldjacks, dienen und alle Gelege darsauszujauchzen.

Die Ordnungsbüchler wird aber trotz des Rögler'schen Vorschlags damit kein Glück haben. Die Sozialdemokraten werden nur um so rühriger auf dem Posten sein.

Wiederum sind die armen Innungsmeister um eine Hoffnung ärmer geworden. Die ganze Aktion zur Organisation des Handwerks ist von der Regierung vorläufig aufgegeben. Bevor man sich an den Sturm, der nicht sterben kann, wieder heranzuwagen getraut, soll erst eine Enquete über die Lage des Handwerks stattfinden.

Also Geduld, liebe Innungsseele!

Wozu die städtischen Kommunalräthe in Anspruch genommen werden beweist ein Besuch der Buchbinder-Innung in Leipzig, ihr zur Deckung des durch eine Ausstellung entstandenen Defizits von M. 4500 einen Beitrag aus der Kommunalräthe gewähren zu wollen, welche Bitte durch Bewilligung von M. 1500 erfüllt wurde.

Die Buchbinderinnungsmeister haben sicher darauf gerechnet, nicht abgewiesen zu werden, denn der Magistrat der Stadt Leipzig kennt seine Deute, auf die er im Kampfe gegen den „Umsturz“ rechnen kann. Also, eine Liebe ist der anderen werth.

Die wachsende Arbeitslosigkeit wird durch folgende Statistik des Unterstützungsvereins Deutscher Gutmacher gekennzeichnet. Darnach waren arbeitslos am Orte im Jahre

1883:	220 Mitglieder	1022 Wochen lang,
1884:	261	1320
1885:	311	1459
1886:	306	1784
1887:	387	1207
1888:	469	2451
1889:	497	2339
1890:	835	3998
1891:	1037	5016
1892:	1279	6043

Arbeitslos waren außerdem noch jedes Jahr 150 bis 200 Mitglieder, welche von Ort zu Ort wanderten, um Arbeit zu suchen. — So sah es also in einem einzigen Gewerbe aus. Und in den letzten beiden Jahren war es noch schlimmer.

Zum Bau von Arbeiterwohnungen hat der Ausschuß der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Beschlüsse beschloßen, an Kreisverbände der Provinz Darlehen bis zur Höhe von M. 300 000 zum Zinssatze von 3% Prozent herzugeben. Ferner sollte der Vorstand ersucht werden, die Kostenfrage der ärztlichen Atteste für Invalidenrenten-Empfänger generell zu ordnen, da er es für eine Härte hält, daß die Kosten für ein solches Attest, welche in einzelnen Bezirken bis zu M. 9 betragen, von den Arbeitnehmern getragen werden müssen. Der letztere Beschluß ist sehr vernünftig und verdient nachgeahmt zu werden.

Ein recht einbringliches Geschäft ist es, das in allen Blättern vielbesprochene Heilmittel gegen die Diphtheritis, genannt „Heilserum“, zu produzieren. Wie hoch die Dividenden am Schlusse des Geschäftsjahres sein werden, weiß man noch nicht, daß der Gewinn aber den der Geschäftsgesellschaft in Berlin, die 135 pBt. vertheilt, noch übertrumpfen wird, dürfte ziemlich sicher sein; daß die Aktionäre sich für die Glücksgüter, die ihnen freilich „unverdient“ in den Schooß geworfen werden, etwas erkenntlich zeigen wollen, beweist, daß sie der „Stiftung Lögterhort“ die Reiensumme von 150 Mark gewendet haben. Daß diese Zuwendung jedenfalls nicht von der Dividendenvertheilungsumme, sondern wahrscheinlich von der „horrenden“ Löhnen der Arbeiter, der M. 2,86 pro Tag beträgt, abgezwaht werden dürfte, erscheint nach der bisherigen Unternehmerragis selbstverständlicher zu sein, oder sollten die H ö c h s t e r F a r b w e r k e, die Heilserum-Aktionäre, davon eine Ausnahme machen? Das wäre freilich ein Wunder.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Die Zehlflelle Harburg schloß das Mitglied Peter Fern, Buch-Nr. 14743, aus, weil derselbe Verbandsgelder veruntreut hat. Fern ist von Harburg abgereist, sein Aufenthalt ist unbekannt.

Die Zehlflelle Wilhelmshaven schloß das Mitglied Tischler Arthur Wendler, Buch-Nr. 30031, aus. Derselbe hat als Mitglied der dortigen Lohnkommission untreu gehandelt. Der Ausschuß.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur sauberes Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Goslar. In der Schulischen Holzbearbeitungsabtheil in Harzburg (Bundheim) legten sämmtliche Drecksler die Arbeit nieder, weil der Geschäftsführer Herr Beyhold eine Lohnerhöhung nicht anerkennen wollte. Die Löhne waren die denkbar niedrigsten; ein Kollege hat z. B. in 7 Arbeitstagen M. 10 in Akkord verdient (der beste Arbeiter von den zuletzt dort beschäftigten), der höchste Lohn war M. 15; von diesem Verdienste wurden den Kollegen, weil dieselben dort in Logis waren, gleich M. 5,50 für halbe Kost in Abrechnung gebracht und mindestens M. 4 braucht Einer noch zum übrigen Lebensunterhalt (Harzburg ist nämlich Kurort), das macht zusammen M. 9,50; rechnet man nun den am meisten vorkommenden Akkordlohn von M. 13, so bleibt ein Haarverdienst von M. 3,50, davon muß der Arbeiter noch die Steuer bezahlen, die durch Herauslösen des Holzes aus der Hand entzwei gehen, bezahlen und dann werden anstatt Glas-Holzschreiben eingelegt. Das zu verarbeitende Holz ist von schlechter Qualität und wird meistens grün verarbeitet, so daß man viel Politur darauf bekommt. Die Säbte sowie auch das übrige Werkzeug ist in schlechtem Zustande, so ist kaum an jeder Bank ein brauchbarer Meißel und eine Hobelkrone. Es wird hieraus jeder erleben, daß die Kollegen nicht auf ihrer Wollust die Arbeit niedergelegt haben. Wir warnen sämmtliche Kollegen vor genannter Mäherwerkstätte.

Credlitzburg. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Berufslogen am Orte sind durchweg recht ungenügend. Der Lohn der Tischler schwankt zwischen M. 4—6 wöchentlich und Logis bei 11—12 tägiger Arbeitszeit. In verschiedenen Werkstätten muß sogar der Sonntag noch ausgenutzt

werden, um diesen tiefen Lohn zu verdienen, und doch ist unsere Zahlstelle von den Tischlern so schwach vertreten, daß man folgern dürfte, sie lebten in der besten aller Welten. Auch das Arbeitsverhältnis der Bänkenmacher ist wenig beneidenswert. Wenn auch schon einige Erfolge erzielt wurden, so bleibt doch noch viel zu wünschen übrig, ehe das errungen ist, was zum menschlichen Leben nötig ist. Von den Stellmachern und Drechselern wissen wir so gut wie gar nichts zu berichten, weil keiner von denselben dem Verband angehört. Zum Schluß möchte ich die Kollegen bitten, doch die Versammlungen zu besuchen, denn wer Mitglied des Verbandes ist, hat auch die Pflicht, da zu erscheinen, wo die Interessen des Verbandes im Allgemeinen und die der Mitglieder im Besonderen berathen und vertreten werden sollen. Unsere Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Bürgergarten statt.

Barbis a. Garz. Am Sonntag, den 18. v. M., fand im Lokale des Herrn Ströbel eine große öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die gewerkschaftliche Organisation und Stellungnahme zur Tabakfabriksteuer.“ Das Referat hatte Genosse Heimans aus Goslar übernommen. Redner führte vor der gutbesuchten Versammlung seinen Vortrag zur vollsten Zufriedenheit aus, was der härmliche Beifall bewies, den er erntete. Redner führte treffend aus, wie das Privat-Eigentum entstanden und wie sich die Verhältnisse bis zur Einführung der Tabakfabriksteuer verschlechtert haben; ferner führte Redner an, wie notwendig es sei, sich einer Organisation anzuschließen, und kam dann zur Stellungnahme gegen die Tabakfabriksteuer, womit sich alle Anwesenden einverstanden erklärten und folgende Resolution einstimmig annahm: „Die heute hier in Barbis tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, sie verurteilt das Bestreben der Regierung, dem Volke durch die Tabakfabriksteuer immer größere Lasten aufzuerlegen und erklärt die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage ganz entschieden Front gegen diese Vorlage zu machen. Ferner verpflichtet sich die Versammlung mit aller Energie für die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter einzutreten.“ Genosse Strauß aus Lauterberg legte die im Garze, speziell in Lauterberg, Odenfeld und Barbis, obwaltenden Mißstände in den Fabriken klar, zeigte, wie durch die Uneinigkeit der Arbeiter hier Alles zu Grunde geht, wie die Kinder grüßig getödtet werden durch die vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein dauernde Arbeit und empfahl daher dringend den Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband.

Strudal. Die hiesigen Verhältnisse haben sich so verschlechtert, daß sie gänzlich schlechter werden können. Unsere Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats statt. Dieselben waren denn auch zur Freude des neugewählten Vorstandes und zur Ehre der Mitglieder immer gut besucht, denn die Verwaltungsmitglieder hatten ausschließlich nur den Nutzen angenommen, wenn sie von den Mitgliedern durch Versammlungsbefehl unterstützt würden. Dies wurde auch, wie gesagt, die erste Zeit gehalten. Aber wie sieht es jetzt aus? Wir haben schon seit Juli keine Versammlung mehr abhalten können, weil die Mitglieder abwesend sind und ihrem Vergnügen nachgehen. Was soll daraus werden? Andere Zahlstellen haben kein Lokal und möchten gerne Versammlungen abhalten, und wo wir ein so gut eingerichtetes Versammlungslokal nicht herbeigeführt haben, können wir solche wegen der Unerschwinglichkeit der Kollegen nicht abhalten. Sie vernünftigen sich an ihrer eigenen Sache. Weil die vorchriftsmäßigen Versammlungen nicht besucht wurden, berief der Vorsitzende, Kollege Heintz, eine außerordentliche Versammlung ein. Zu derselben erschien der Eisenarbeiter und der Kassierer, Kollege Heinrich. Also die Verwaltung kann sich die größte Mühe geben, kann Redner kommen lassen, Extra-Versammlungen einberufen, Alles köchelt an der Unerschwinglichkeit der Mitglieder. Bedenkt, die Kollegen hätten es noch nötig, daß sie sich durch Versammlungsbefehl unterstützen lassen und dadurch immer wieder unausgefüllte Stellen ausfüllen lassen. Während wir bis jetzt noch etwas Rücksicht nahmen, weil gerade Reichstagswahl war und mehrere Kollegen an der Agitation beteiligt waren, wird dieselbe jetzt unerbittlicher, die Mitglieder müssen doch bedenken, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, dann kann die Verwaltung ihren Verpflichtungen auch nicht nachkommen. Also, Kollegen, es mag auf jedes Jahr anders werden, heißt das Verhalten noch und endlich wieder vollständig. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 8. Dezember, statt. Zu derselben wird außer Reichstagswahl, Genosse Hinz, einen Vortrag halten über „Vollständigen und Vollveränderung“.

Strehla. Der Antrag der Strehlener in der Brandwähe bei Strehla ist beendet. Ehemalige Anführer haben allerdings Arbeit gefunden. Hier hat es sich wieder einmal recht deutlich gezeigt, daß nur durch festes Zusammenhalten etwas erreicht werden kann. Der Vortrag war folgender: Als wir Herrn Kerner eruchten, über die hiesigen Verhältnisse nachgehenderen Bericht zu geben und zu verhandeln, erklärten ehemalige Strehlener durch Mithrasunterstützung, für dieselben einzutreten. Die Antwort sei ungenügend, denn am nächsten Sonntag werden wir ebenfalls noch um 9 Uhr in der Werkhalle, ohne Bescheid noch Lohn. Außerdem hatte sich Herr Kerner noch dahin ausgesprochen, einige der Aufseher zu entlassen. Vermehrte Bedenken reizen dann die Arbeit und traten in der Straß. Letzliche mißlung dadurch, daß fünf Mann weiter erschienen, sie hätten es für angebracht, lieber zu Hause zu bleiben, als sich zu zeigen. Dies der Vortrag. Wenn Kerner darüber berichtet wird, so liegt das daran, daß sich die jurisdiktorischen Arbeiter ihrer Grundbesitzer gegenüber und der Bauernschaft ganz anders verhalten. Arbeiter, welche ihr die Hände ruhig in der Tasche legen und auch ganz der Unerschwinglichkeit der Kollegen unterwerfen? Wenn ihr etwas gegen die hiesigen Verhältnisse vorbringen wollt, so tragt ein in den Deutschen Holzarbeiterverband, denn nur durch gemeinsame Organisation und festes Zusammenhalten könnt ihr eure höchsten Ziele erreichen.

Wald (Rheinland). Von den hier beschäftigten Kollegen der Holzbranche, außer dem Eisenarbeiter, sind viele Verloren, welche in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt werden, noch nicht in der Gasse gekommen, daß ihre Lage eine schreckliche ist. Während in den meisten Gegenden die Eisenarbeiter eine 9. stündige Arbeitszeit einigeführt haben, herrscht hier immer noch eine 12 stündige. Auch das kleine unterirdische Bergwerk (Kohl und Loth beim Arbeiter), hat man noch beibehalten. Im Interesse der verschuldeten Kollegen müßte man sich bemühen, daß dies geändert wird. Alle Kollegen, verhandelt man mit den Herren, welche sich durch ihren Vorschlag der Unerschwinglichkeit gegen-

über bewußt werden und eintreten in die Reihen der für bessere Verhältnisse kämpfenden Kollegen im Verbands. Kollegen von Wald, eine Anzahl der letzteren sind vorhanden und zu diesen müssen sich alle anderen angeschlossen, wenn nicht Alles beim alten Schanden bleiben soll. In kurzer Zeit findet hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Lokal und Zeitpunkt theilen wir dann in der Bergischen „Arbeiterstimme“ mit, die Barole wird dann sein: Mann für Mann unserer Branche am Platze. Dann ist es möglich, eine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes zu gründen und Uebelstände zu beseitigen, wie sie auch hier in vieler Hinsicht sich zeigen.

Stuttgart. In der am 10. d. Mts. stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Frau Clara Petta über „Truffs und Gewerkschaften.“ In ausführlicher Weise beleuchtete Rednerin die Bedeutung der Truffs, deren Nothwendigkeit für die heutige kapitalistische Produktionsweise, um durch deren Mittel für einige Wenige kolossalen Profit und Reichthum zu schaffen. Durch die Truffs in der Eisen- und Kohlenindustrie zeigend, wie die Truffs eine Macht gegenüber der Konkurrenz wie den Konumenten geworden sind; ferner wie die Kartelle schon Bestimmungen getroffen hätten, schwarze Listen zu führen, um solche Arbeiter, welche einer Organisation angehören oder Agitation gegen das Unternehmertum treiben, effizienzlos zu machen. Sie verlas eine Eingabe der Industriellen an die Regierung, worin diese um Beistand und Unterstützung in dieser Hinsicht ersucht wurde. Weiter führt Rednerin an, wie durch die Kartelle vermittelst ihres Kapitals und der Produktionsmittel, eine Masse von Arbeitern überflüssig und arbeitslos werden, wodurch sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer ungünstiger gestalten. Wohl aber würden die Herren Industriellen es sich überlegen, wenn ihnen anstatt einer losen Arbeitermasse eine geschlossene Gewerkschaftsorganisation mit einer gefüllten Kasse gegenübersteht. Von großer Bedeutung wären deshalb die Gewerkschaftsorganisationen. Denn wie sich das Unternehmertum in Ringe, Truffs und Kartelle verblüdet, so sei es auch nötig, daß sich die Arbeiter immer fester zusammenschließen und sich an dem Kampf der gewerkschaftlichen Organisation beteiligen. Als eine Utopie müßte es geradezu betrachtet werden, wenn Einzelne noch von Lokalorganisationen sprächen, da doch schon die Zentralorganisationen nicht mehr mächtig genug wären; selbst die Industrieverbände hätten es nötig, sich internationalen Vereinigungen anzuschließen, um mit Erfolg dem internationalen vereinbarten Kapital und Unternehmertum entgegenzutreten zu können. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, daß Jeder im Interesse der Organisation seine Pflicht und Schuldigkeit thun möge, erbat die Rednerin ihren mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Stuttg. Am 24. November hatten wir erfreulicher Weise wieder einmal eine gutbesuchte Versammlung zu verzeichnen, was um so erfreulicher war, als die Besprechung der Tagesordnung von Louis Vogt in Seßlau zur Tagesordnung stand. Dieses Musterexemplar von Fabrikordnung verdient unter allen Umständen, den Kollegen bekannt zu werden, um zu zeigen, welche Zustände in den Hochburgen der Hirsch-Dürer'schen herrschen, welche es bisher unter Anwendung von Hochdruck verstanden, jede freie Bewegung zu unterdrücken. So werden z. B. die Arbeiter für „Zusammenkommen“, Arbeiterversammlungen, nicht öffentliche Besprechung der Anordnungen der Borarbeiter, unbefugtes Zusammengehen der Arbeiter usw. mit Strafen von 50 A bis 1 A und darüber bestraft. Wer sich weigert, Uebertunden zu machen, hat zu gewärtigen, daß ihm gekündigt wird und er seiner Ansprüche an die Unterstützungskasse verlustig geht. Herr Vogt besorgte nämlich früher die Prospekte, jedem Arbeiter, der bis 10 A verdient, 50 A, bis 15 A 1 und über 15 A 2 pro Woche vom Lohn einzubehalten. (Dazu hat der Arbeitgeber nach § 124 Abs. 4 der G.-O. kein Recht; wenigstens brauchen es sich die Arbeiter nicht gefallen zu lassen. Es ist ein Grund für sie, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen. V. Red.) Diese Gelder wurden dann den Arbeitern am 1. Januar nächsten Jahres ausgezahlt. Ging indes ein Arbeiter eher, oder wurde er aus irgend einem Grunde entlassen, so fiel dieses Geld einer Unterstützungskasse für im Vertriebe erkrankte Arbeiter zu. (Das ist gesetzlich unzulässig! In diesem Zwecke können wohl Strafzettel, nicht aber härtere die verdienten, in Abzug gebrachten Löhne dazu verwendet werden. V. Red.) Nach mehrfachen Lohnkürzungen sah sich indes Herr Vogt veranlaßt, dies zu ändern. Da schon bei den früheren Kürzungen die Möglichkeit einztrat, daß die Leute vollständig verarmten, so zahlte der Herr jetzt am Jahresabschluss jedem Arbeiter 5 pzt. des im Jahre verdienten Lohnes (soll doch wohl heißen: des in Abzug gebrachten Lohnes. V. Red.) und versteht es sehr gut, hier zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, indem er mit dem Verdienst der Arbeiter ein ganzes Jahr wirtschaftet, sowie dem Arbeiter die Hände lindert, insofern er sich aus diesem Verhältnis nicht so leicht freimachen kann. (??) (Das müßte ja mit dem Zweifel gehen. Ist es denn wirklich möglich, daß der nach § 134 d. G.-O. bestehende Arbeiterauschuss eine derartige Bestimmung (bezüglich des Lohnabhaltens und fünfprozentiger Anzahlung am Schluß des Jahres), die, wenn sie rechtsverbindlich für die Arbeiter und Arbeitgeber sein soll, keine Zustimmung geben kann? Da müssen die Arbeiter der Fabrik unbedingt zusammenzutreten und dagegen Front machen. Legt der Arbeitgeber die Änderung in der Arbeitsordnung ab, so ist Beschwerde bei der oberen Verwaltungsbehörde zu erheben. Wir nehmen an, daß die Bestimmung in der Arbeitsordnung steht und die Genehmigung der Verwaltungsbehörde gefunden hat, was wir aber nicht sehr wohl glauben können. Sollte der eine oder der andere Arbeiter, ohne daß ihm der einbehaltenen Lohn ausbezahlt wird, entlassen werden, so ist unbedingt Klage beim Gewerbeamt zu erheben; es wird sich dann wohl herausstellen müssen, inwieweit der Arbeitgeber zur Einbeziehung der verdienten Arbeitslöhne berechtigt ist. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß das Urtheil allemal zu Gunsten der Arbeiter ausfallen wird. V. Red.) Vor kurzer Zeit hat indes Herr Vogt die Löhne noch weiter gekürzt, daß selbst die Herren Gewerkschafter die Faust halten, aber in der That, denn Herr Vogt wählte den bekannten Weg der freien Vereinbarung. Auch besser als Herr Vogt versteht Herr Kommerzienrat H. Schmitt, ebenfalls Maschinenfabrik in Seßlau, die Ausbeutung der Arbeiter. Als vor 14 Tagen seine Leute ihren Lohn verlangten, wurde ihnen einfach abgelesen und der Arbeiter erklärte noch obendrein, daß sei kein Lohnabzug, sondern nur eine Reduzierung. Daß an solchen Zuständen nur das Bestehen einer starken Organisation schuld ist, bedarf wohl keiner Begründung mehr, und wir werden solche Zustände geißeln, so oft wir Kenntnis davon erlangen. Den Kollegen hier wie in Seßlau aber rufen wir zu: Auf zum Verbands, um solche Zu-

stände aus der Welt zu schaffen. Beitrittserklärungen für hier und Seßlau nimmt jederzeit der Bevollmächtigte H. Schmitt, Gottlieb, Wallenstr. 5, entgegen.

Wismar. Die Verhältnisse in der Holzarbeiterbranche sind, wie aber auch in allen anderen Branchen hier, sehr traurige, trotzdem sieht es eine große Anzahl von Kollegen noch nicht ein, daß es an der Zeit ist, einmal Wandel zu schaffen durch festes, geschlossenes Zusammengehen. Denn anstatt in die Versammlungen zu kommen und mit zu berathen, wie wir uns etwas mehr Geltung verschaffen könnten, sagen die Meisten, wenn man sie ernstlich ermahnt, es hilft ja doch nichts, und schleppen stummstänig ihr Joch weiter, in welches sie gezwungen sind. Das beweist am deutlichsten, wie man uns in die Enge getrieben hat mit den Lokalkarten, denn nicht nur daß wir zu Versammlungen kein größeres Lokal mehr bekommen, nein, sogar zu ganz harmlosen Vergnügungen sind uns dieselben verschlossen. Demgemäß beschloß nun eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung: „In Sälen, welche den Arbeitern zur Abhaltung von Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, sind weder Vergnügungen abzuhalten noch solche zu unterstehen.“ Zudem wir dieses ebenfalls zur abermaligen Kenntniß aller Kollegen bringen, fordern wir aber auch Alle auf, streng nach dem Beschluß zu handeln und für Verbreitung und Durchführung desselben ernsthaft einzutreten, damit auch wir einmal zeigen, daß wir Denken gelernt haben und nicht nur als willenlose Geschöpfe da sind.

Neue. Die am 10. November stattgefundenen Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den Angelegenheiten der Westphälischen Möbelfabrik. Von den bisher dort ablichsen Akkordpreisen waren den Kollegen bei einzelnen Arbeiten 25-30 pzt. Abzug gemacht worden, infolgedessen es bei angestrengtester Thätigkeit kaum möglich war, den Minimallohn zu verdienen. Die Versammlung wählte eine Kommission von fünf Kollegen, die die Forderungen formulirte und dem Arbeitgeber vorlegen sollte. Dieser erklärte, er ließe sich weder von seinen Arbeitern, noch auch vom Verbands Vorschriften machen, Lohn und Akkordpreise für seine Werkstatt habe er selbst zu bestimmen; wenn er den Arbeitern 15 Biete, müßten sie auch dafür arbeiten (18 ist Minimallohn), wenn das nicht passe, der Lohn gehen. Nach einer solchen Erklärung blieb nichts weiter übrig, als die Arbeit zu verlassen. Obgleich für Sonntags- und Ueberzeitarbeit einen höheren Prozentsatz zu zahlen hier Vorschrift war, so ist der Lohnaufschlag von Herrn W. doch nie richtig gezahlt worden, worin ihm sein Werkführer kräftig zur Seite stand. Diesem haben wir es auch zu verdanken, daß die Preise immer weiter heruntergeleitet wurden; wenn Herr W., der selbst nicht Fachmann, sondern nur Geschäftsinhaber ist, manchmal auch bezahlen wollte, so hielt ihn der Werkführer davon zurück. Wie aus Vorstehendem ersichtlich, haben wir nicht aus Freivoluntät die Arbeit niedergelegt, sondern sind dazu gezwungen worden. An die auswärtigen Kollegen richten wir die Bitte, den Bezug nach S. 2000 streng fern zu halten. An diejenigen hiesigen Kollegen, die der Organisation noch fernstehen, richten wir das dringliche Ersuchen, denselben beizutreten und unsere Versammlungen zu besuchen; denn nur, wenn wir uns Alle einig sind, wird es uns gelingen, das Verlorene wieder zurückzuerobieren. Darum, Kollegen, haltet fest zusammen und wir werden zu unserem Rechte kommen!

Verband deutscher Korbmacher.

Korrespondenzen.

Berlin. Die hiesige Filiale hielt am 19. November ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, da Herr Stoll wieder Vorstandsmitglied ausschied, daß die Versammlungen nunmehr in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, stattfinden. Hierauf wurde in eine Besprechung der Uebelstände bei der Firma Kubloff & Co., Ritterstr. 86, eingetreten. Es wird in der Versammlung folgendes berichtet: Die Arbeiter wurden in genannter Fabrik anfänglich in Wochenlohn eingestellt. Als aber durch guten Gesch. Erfolg sich die Bestellungen anhäufeten, wurden mehrere Leute eingestellt, aber gleichartig von Seiten der Fabrikanten der Versuch gemacht, die Akkordarbeit einzuführen. Hier ist viel von den Arbeitern gekündigt worden, und Kollege Keller war es, der zuerst die Akkordarbeit anstandslos angenommen hatte. Dies wurde von den Anwesenden und den dort Arbeitenden allseitig verurtheilt. Was die Arbeiter in diesem Geschäft durch ihr Schuften ernten, werden sie nach Weisachten erfahren müssen, denn werden die Löhne gekürzt, wie es jetzt schon bei einigen Gegenständen der Fall ist. Bedauerlich ist es, daß die Kollegen sich den Wochenlohn nehmen lassen, sie beachten wohl, daß sie durch ihr übermäßiges Arbeiten ein paar Mark mehr verdienen, aber sie überlegen nicht, daß sie sich selbst und die übrigen Kollegen schädigen. Nachdem die dort Beschäftigten erklärten, die Ueberstunden am zwei Stunden zu verfahren, hielt Genosse Paul Jahn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Lebenshaltung des Proletariats“.

Eingekandt.

Wichtig! Bänken- und Tischlermacher.

In wiederholtem Male müssen wir den Mann unserer Organs in Anspruch nehmen, um die in der Tischler- und Bänkenindustrie beschäftigten Personen anzusprechen, und doch so schnell wie möglich Mittheilungen zu machen über Erkrankungs- oder Sterbefälle an Milzbrandvergiftung.

Nachdem bereits in Nr. 36 ein größerer Artikel und in Nr. 38 ein diesbezüglicher Anruf erschien, sind es bis jetzt nur Schwaben, Freiburg i. B. und Obden gewesen, die auf den betreffenden Anruf eingegangen. Die größeren Industriewerke, wie Hamburg, Berlin usw. haben noch keine Stellung hierzu genommen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß eine so hochwichtige Angelegenheit es doch verdient, beachtet zu werden, oder werden derartige Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ überhaupt nicht gelesen? In Nürnberg erwartet man jeden Tag das Erscheinen der ortspolizeilichen Vorschrift, die zur Zeit der Gesundheitsverwaltung in Berlin bereits auf die von uns gemachte Eingabe reagirt, was auf eine nicht zu verkennde Sympathie schließen läßt.

An uns ergangene Anfragen betr. der Petitionsbogen beantwortet wir dahin, daß nicht beabsichtigt ist, solche auszugeben, dagegen sind wir gerne bereit, die an das Gewerkeamt gemachte Eingabe in ihrem Wortlaut auf Wunsch zuzufügen; die Eingabe an den Magistrat oder Ortsbehörde haben wir in Nr. 38 d. Bl. schon veröffentlicht. Jeder Zahlstellenbeamte hat unseres Erachtens die Pflicht, diese Angelegenheit zur Diskussion zu bringen.

Wären diese Beilen dazu beitragen, daß nunmehr mit etwas mehr Energie gearbeitet wird, nur dann kann auf eine wirksame Bekämpfung dieser hartnäckigen, tödtlichen Krankheit gerechnet werden.

Die Kommission

zur Regelung der Mißbräuderpestung in der
Wärfen- und Pinselfabrik.

Dorn, Schmidt, Walzinger, Weinberger, Gubisch.

Anfragen event. Zuschriften wolle man, wie schon bemerkt, an A. Dorn, Wendlerstr. 3, Nürnberg, richten.

Adressen der Holzarbeiter-Agitationscomités.

Heffen-Nassau:

Frankfurt a. M. W. Bolter, Schopenhauerstraße 6, 3. Et.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Streik der Korbmacher in Gröpelingen bei Bremen ist von der letzten öffentlichen Versammlung als aussichtslos für beendet erklärt. Durch das unsozialistische Handeln einiger indifferenter Kollegen ist es Herrn Währen gelungen, seine Rundschäft zu befristigen. Nun aufgehoben ist nicht aufgehoben. Auf der Straße bleiben drei Mann, darunter zwei Berethrathete mit fünf Kindern.

Vier große Protestversammlungen der Berliner Buchdrucker fanden am vorletzten Sonntag in Berlin statt.

Es handelte sich um energische Zurückweisung der vom deutschen Buchdruckerverein (Prinzipalsvereinigung) geplanten zwangsweisen Einführung von Prinzipalklassen. Die Redner führten aus, daß seit der Lohnbewegung der deutschen Gewerkschaft im Jahre 1891 die Vereinigung der Prinzipale, der „Deutsche Buchdruckerverein“, unausgeleitet besteht war. Die blühenden Kassenrichtungen der Gehülften, die den Rückhalt der Organisation bilden, durch allerlei Machinationen zu schwächen und zu zerstören. Man gründete neue Kassen, welche jedoch, da dieselben schlecht fundirt sind und die Masse der Gehülften ihnen nicht beizutrat, keine besonders glänzenden Geschäfte machten. Nun ist man auf die Idee verfallen, eine Invalidentasse nach dem Muster des Verbandes zu gründen, aber mit dem Unterschied, daß, während bei den Gehülften eine demokratische Verwaltung herrscht, hier die Prinzipale — trotzdem sie fast keine Beiträge leisten — das Recht, die Kasse zu leiten, für sich in Anspruch nehmen. Das Ganze charakterisirt sich als ein plump angelegter Versuch, die Gehülften in dauernde Abhängigkeit von ihren Brotgebern zu bringen. Die Pläne, die von dem bekannten Herrn Klinkhardt in Leipzig ausgehen, sind enthielt durch eine Petition der Unternehmer-Organisation an die sächsische Staatsregierung, die wider Willen der Petenten zur Kenntnis der Arbeiter gelangte, worin es heißt: „Der im Verband Deutscher Buchdrucker“ organisierte Theil der Gehülftenschaft rühret sich, die erstlitten Niederlage wieder weit zu machen; die im Kreise Sachsen des Deutschen Buchdruckervereins und seinen einzelnen Theilen vereinigten Buchdruckerbesitzer hingegen bekreben sich unter Leitung ihres Vorstandes, diese voraussichtlichen Kämpfe im Vorhinein wenn nicht unmöglich, so doch für das sächsische Buchdruckgewerbe möglichst unschädlich zu machen, unter Anderem dadurch, daß sie... Unterstützungskassen für die Gehülften für den Fall der Invalidität zu gründen und in Verbindung damit die Arbeitsvermittlung durch ganz Deutschland organisiert haben.“ Das auch die Berliner Unternehmer zum Theil so denken, geht aus den Ausführungen der Redner auf der Generalversammlung des Prinzipalvereins vom 23. Oktober, welche in Berlin stattfand, hervor. Durch die Einführung dieser Kassen, welche am 1. Januar 1896 in's Leben treten sollen, würde die seit 1856 bestehende Invalidentasse der Berliner Buchdrucker ebenfalls in Frage gestellt werden ohne daß sich irgendwie Ersatz dafür finden ließe. — Anstatt durch diese Art Gründungen Humanität zu heucheln, sollten die Prinzipale lieber dafür Sorge tragen, daß der Tarif festgehalten und die Arbeitszeit verkürzt würde; das sei zweckmäßiger und lohnender für beide Theile. Die allgemeine Mißere im Gewerbe zwingt die Gehülften, daraus ihr Augenmerk zu richten, und mit Rücksicht auf das Versprechen, welches Herr Buchdruckerbesitzer Bügenstein seinerzeit abgegeben, wäre es jetzt an der Zeit, anzufragen, wie sich die Berliner Prinzipale zu einer Wipprachung über den Tarif zu verhalten. Sollten die Herren dem berechtigten Verlangen ihrer Arbeiter sich schroff entgegenstellen, so müßten den späteren Versammlungen weitere Schritte vorbehalten bleiben.

Eine den Ausführungen entsprechende Resolution, in der die Erwartung ausgesprochen wird: „Die deutsche Kollegenchaft werde sich dem Vorgehen der Berliner Buchdrucker anschließen und dadurch den Beweis erbringen, daß der Wunsch nach einem ehrlichen Frieden von der gesammten deutschen Gehülftenschaft getheilt wird, dieselbe aber ebenso gewillt ist, unbilligen Anforderungen energisch entgegenzutreten“, wurde mit großer Begeisterung angenommen.

Wie in Berlin nahmen auch die Leipziger Buchdrucker in einer großen Versammlung Stellung gegen die Annahme der Prinzipale. Wir haben angeführt, daß die Prinzipale mit ihrer Heftigkeit hineinschalten, und so wie sich's gehört, gründlich heimgeschickt werden.

Der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschafts-Kartells unerschrocken den Gewerkschaften Leipzigs folgenden Antrag:

„Da das Gewerkschaftskartell von Leipzig nach seinem Willen seine ganze Wirksamkeit auf lokalem Gebiete einfallen soll, so sind auswärtige Streiks nicht zu unterstützen, weil 1. eine solche Unterstützung eine Verletzung der Thätigkeit der Zentralvereine bedeuten würde; 2. weil ferner die auswärtigen Streiks sich gänzlich der im Statut vorgeschriebenen Kontrolle und Kenntnis des Leipziger Gewerkschaftskartells entziehen; 3. weil die Delegirten zum Gewerkschaftskartell event. Beschlüssen über Zustimmung geben würden, die über die dem Gewerkschaftskartell von den Gewerkschaften eingeräumten Befugnisse hinausgehen. Maßnahmen sollen nur zulässig sein, wenn durch längere Dauer

oder größere Ausstände eine Erschöpfung der Zentralkassen eingetreten ist, oder, falls es sich um Ausschlässe solcher Organisationsangehöriger gehandelt, die im Begriffe stehen, ihre Organisation auszubauen.“

Einem ähnlichen Antrage stimmte vor längerer Zeit auch das Hamburger Gewerkschaftskartell zu.

Die schädliche Wirkung der Altkorarbeit charakterisirt in folgenden Zeilen so recht anschaulich der „Bauhändler“: „Ein tüchtiger Maurer kann am Tage 600 Ziegelsteine verarbeiten, wenn er mit Sorgfalt arbeitet. Der Altkorarbeiter liefert Pfuscharbeit, vermauert aber 1200 Steine. Da das Baujahr für den Ziegelsteine verlegenden Maurer 180 Arbeitstage hat (9 Monate zu je 20 Arbeitstagen), so verlegt der Altkorarbeiter jährlich 216000 Ziegel mehr als der Maurer, der im Tagelohn tüchtige Arbeit liefert. Bei einem Betrieb wie im Jahre 1893 wurden durch die Altkorarbeit also mindestens 1268 Maurer täglich bloß als Ziegelleger außer Arbeit gesetzt. Da aber die Annahme, daß ein Maurer durchschnittlich wirklich 180 Arbeitstage im Jahre hat, kaum zutrifft, so vermehrt sich diese Zahl noch erheblich. Dreitausend bis viertausend Maurer sind also in Berlin durch den schädlichen Geschäftsgang arbeitslos und noch fast 1800 durch die Altkorarbeit der Maurer als Ziegelleger. Da braucht man sich über das Herabdrücken der Löhne nicht zu wundern.“

Ein Verein für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter wird demnächst in Wien in's Leben treten. Die Lehrlinge wollen durch die Bereinigung vor allen Dingen ihr Wissen bereichern, indem sie Unterrichtskurse einrichten wollen, da ihnen die Fortbildungsschule nicht genug bietet. Weiter wollen sie auch in der Weise, wie die Gewerkschaften, für ihre Mitglieder eintreten, sie schützen vor Mißregelungen und Mißhandlungen. Unbemittelten soll bei Rechtsstreitigkeiten mit ihren Meistern durch materielle Unterstützung unter die Arme gegriffen werden.

Ein neuer Bergarbeiterstreik ist in Sicht, wenn die Grubenbesitzer Schottlands nicht auf eine Lohnerhöhung von 6 Pence pro Tag eingehen. Der Vollzugsausschuß der schottischen Bergleute fordert alle Führer auf, sofort die Grubenbesitzer um die Erhöhung anzugehen. Auf den 30. November ist eine allgemeine Bergarbeiterkonferenz nach Glasgow einberufen worden.

Berichts-Chronik.

Für Annelder von Versammlungen in Sachsen. Das sächsische Ministerium fällt insofern eine wichtige Entscheidung, als von den meisten Behörden, auch von der Dresdener Polizeidirektion, die Annelderbescheinigung trotz des klaren Wortlautes des Gesetzes nicht sofort ausgestellt wird. Die Beschwerde eines Gewerkschaften in Eisterberg richtete sich gegen die Amtshauptmannschaft in Plauen, weil diese zwei angemeldete Versammlungen nicht „sofort“ bescheinigte. Die Kreis-hauptmannschaft Zwickau verwarf jedoch diese Beschwerde, woraufhin die Behörde in Plauen von dem Beschwerdeführer die Kosten verlangte. Das Ministerium entschied nun, daß, wenn die Anforderungen des § 3 des Vereinsgesetzes erfüllt sind, die Bescheinigung sofort auszustellen ist. Ferner dürfen von dem Beschwerdeführer in vorbenanntem Falle keine Kosten erhoben werden.

Technisches.

Um Holz unentflammbar und biegsam zu machen, empfiehlt R. Stübbling eine Lösung von Aethylal 1:16 oder Aethatron 1:24, womit die Bretter, Bauholzstücke usw. überstrichen werden sollen oder mit Druck imprägnirt werden können. Dünne Journiere, auf solche Art behandelt, erreichen einen hohen Grad von Biegsamkeit und Reichheit, so daß sie gegenbtem Leder gleichen.

Dem „Holzarbeiter“ in Chicago entnehmen wir folgende Notiz: Die Holzdiebstähle, welche bis jetzt von dem Senatsausschuß in Minnesota als auf den Schuldbereiten verübt aufgedeckt wurden, belaufen sich auf mindestens Doll. 1 000 000. Der Senator Debon, Mitglied des Ausschusses, hat diesbezüglich gesagt: „Wir haben jetzt das notwendige Beweismaterial, um gegen verschiedene Holzhandlerner im Staate, die zusammen für Doll. 500 000 Holz gehohlet haben, gerichtliche Vorgehen zu können. Bis jetzt haben wir Diebstähle, die zusammen Doll. 1 000 000 ausmachen, aufgedeckt, und die Untersuchung kostete dem Staate Doll. 6000. Eine Firma, die mehr als eine Sektion abgeholt hat, fand sich mit dem Staat ab, indem sie angab, nur 674 000 Fuß geschlagen zu haben. Wir haben aber durch Nachmessen der Stämme gefunden, daß es gegen 7 000 000 Fuß und wahrscheinlich gegen 9 000 000 Fuß waren. Das ist nur ein Beispiel.“ Da entziehen wir uns aber die großen amerikanischen Holzspitzbuben und vergessen darüber ganz, daß auch in anderen kultivirten Staaten große Spitzbuben in Masse herumlaufen, nur mit dem Unterschiede, daß man denen in Amerika „ausnahmsweise“ mal den Prozeß machen will, während man sie anderswo unbehelligt weiter tanzen und spielen läßt.

Der versteinerte Wald von Arizona.

In dem durch seinen Bergbau berühmten Arizona befindet sich ein sogenannter „versteinertes Wald“, dessen Ueberreste aus Holz in Stein und sogar in Edelsteine verwandelt sind. Derselbe bildet eine der merkwürdigsten Reliquien aus Eposchen, die ungezählte Jahrtausende hinter uns liegen. Ein amerikanischer Geologe, S. E. Foxey, giebt hierüber eine Beschreibung, der wir folgende Einzelheiten entnehmen: „Schon vor meiner Ankunft in der Waldregion“, sagt derselbe, „war die Straße mit Stöcken von in Achat verwandelten Holzstücken eingestakt, Vorboten von dem, was tiefer hinein noch zu sehen war. Die Bewohner umher nennen es zwar einen versteinerten Wald, aber mit Unrecht. Vor 50 oder 60 Jahrhunderten, wenn nicht noch weit länger vorher, war es einmal ein Wald, das ist fest, jetzt sind es nur noch die in Edelsteine — o Wunder! — verwandelten Ueberreste eines solchen. Bei dem ersten Ueberblick glaubt der Besucher, daß es sich hier um ein Ruinenfeld von beiläufig 50 Morgen Ausdehnung handle, dann ergibt er es auf 100, später auf 1000 Morgen, und schließlich akzeptirt er die Schätzung des Herrn Summitt, daß der ausgedehnte, jetzt zu Stein versteinerte

Wald eine Grundfläche von mehreren 100 Quadratmeilen bedeckt haben müsse und der Wald hier mit einem Male eine Million Tonnen von Edelsteinen umfasse. Man glaubt einen unermesslichen Holzstapel vor Augen zu haben, wo die Holzstämme diejenigen Stämme oder Blöcke, die ihnen angefaßt des Ueberflusses gerade nicht zu Gesicht standen, liegen gelassen und dem Verfaulen preisgegeben hätten. Die Bäume müßten bei Zeiten volle 200 Fuß hoch gewesen sein, da selbst jetzt ihre umherliegenden Stämme, wenn noch ungebroschen, 100 bis 150 Fuß lang sind. Und das Sonderbarste hierbei ist, daß diese mächtigen Stämme oft so regelmäßig in Abschnitte getrennt sind, als ob sie mit der Säge durchschnitten wären. Zweige findet man einen Fuß und Stämme 10 Fuß dick. Sie liegen parallel oder in Winkeln, einzeln oder gruppenweise, in Schluchten und auf Anhöhen. Und all diese Myriaden von Stämmen, Stümpfen, Blöcken und Resten bis zu den dünnsten Zweigen sind hartes Gestein, das sich bei Untersuchung als aus Edelsteinen beinahe jeder Gattung bestehend herausstellt.

Der Zeiten Klucht nebst dem Hammer des Geologen haben unter diesem in allen Farben schillernden ehlen Gestein vielfache Verwüstung angerichtet, wie die überall umherliegenden Bruchstücke und Trümmer von umfangreichen Blöcken herab bis zum bloßen Gerölle und Splintern, die ihre brillanten Farben unter den Strahlen einer tropischen Sonne, wie jene von Arizona, mit kaleidoskopischem Effect leuchten lassen, solches bezeugen. Rubinen, Saphire und Diamanten sind hierunter, wie fälschlich berichtet wurde, zwar keine, dafür Amethyst, rother und gelber Jaspis, Chalcedon aller Abtönungen, Topas, Onyx, Karneol und alle erdenklichen Arten von Achat in Masse. Kein Block, kein Bruchstück ist auf eine einzelne Art Edelstein beschränkt, sondern viele bilden eine wahre Kostbar aller genannten Sorten.

Unter einem Bergglockenglase ist die zellenförmige Holzstruktur des Gesteins ganz deutlich erkennbar und, wie Experten versichern, muß der ursprüngliche Wald aus Nadelholz bestanden haben. Die ganze Region zeigt überall Lavabetten und erloschene Krater, ist also entschieden vulkanisch gewesen, so daß zweifelsohne eine große vulkanische Katastrophe den Urwald gefällt und unter einer immensen Aschschicht begraben hat. Hierauf ward diese Schicht mit Kieselgerölle enthaltendem Wasser, möglicherweise von Geysern oder periodisch heißen Springquellen kommend, überfluthet, das Holz wurde hiermit durchtränkt und in seiner Masse und Form durch Kiesel ersetzt. Bei dieser merkwürdigen Umwandlung soll, wie bekannte Autoritäten auf diesem Gebiete behaupten, der reine Kiesel den durchsichtigen Quarz gebildet haben, während die reichen, roth, braun, gelb und purpura schillernden Farben der Lösung von Eisen und Braunstein zuzuschreiben seien.

Was wir unseren Lesern in obigen Mittheilungen über dieses höchst merkwürdige Phänomen vorführen, ist in allen Einzelheiten als solches eine bekannte Thatsache, während über die furchtbaren Naturgewalten, welche Holz in Gestein verwandeln konnten, begreiflicherweise nur Vermuthungen, Hypothesen bestehen können. Jedenfalls war es für die Menschheit ein Glück, daß sie erst dann auf der Erde erschien, als der furchtbare Kampf der Elemente hienieden bereits ausgestoßt hatte.

Eines merkwürdigen Objectes unter den unzähligen kleineren Waldtrümmern aller Größen und Formen wollen wir zu erwähnen nicht unterlassen, der Achatblock nämlich. Es ist dies ein 100 Fuß langer versteinertes Baumstamm von 6 Fuß Durchmesser, der eine 60 Fuß breite Kluft überbrückt und ganz aus Achaten, Jaspis und anderem werthvollem Steinmaterial besteht.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Deutshstraße 2).

Die Nr. 43 vom 22. November hat folgenden Inhalt: Bogenschau. — Proletariat und Mittläufer in der Partei. — Aus Bayern. — Zur Polenfrage. (Schluß) — Hjorten zur Frauenfrage. I. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Literarisches.

Gehälter der Parteibeamten. — Die Versammlung im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis. Grillenberger und Debel. — Zum badischen Streit. — Der Streit in Solingen. — Brief aus England. — Frauenfrage. — Agrarisches. — Gewerkschaftliches. — Vermischtes. — Todtenliste.

„Sozialpolitisches Centralblatt.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Rauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 20 & 25 Pfennige ist Nr. 8, 4. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Diez' Verlag) ist eben das 8. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Man nennt das Volk. — Rußland vor einem Regime Wechsel. Von G. Klebanow. — Das Wesen der österreichischen Wahlrechtsbewegung und ihre innere Entwicklung seit Lasalle's Sturz. Von Karl Leutner. — Zwei Briefe von Dr. Robertus. Von Dr. Rudolph Meyer. — Literarische Rundschau. — Revue: Sibirische Stappenindrücke. Ein Beitrag zu dem Denkmal Alexander III. und seines Regierungssystem. Von G. Grigls.

Briefkasten.

* Raumangels wegen, mußten mehrere Berichte zurückgestellt werden.

* Allen Bestellern der Seite 3 in meine Einrichtungen hiermit zur Kenntniß, daß dieselben M. 2.20 (inkl. Porto) kosten, und der Betrag, da Nachnahme zu theuer wird, vorher (auch in Briefmarken), einzulösen ist.

Wärzburg P. B. Des Kauon oder sogenanntes weisse Mahagoniholz hat seine Heimath in Südamerika auf den französischen Inseln. Man unterscheidet fünf Arten dieses herrlichen Holzes, und zwar: 1. weils von röthlicher Farbe, 2. röthlich mit gelben und weißen Adern, 3. braunröthlich mit longitudinalen Krühen und Fleden. Diese drei Arten sind besonders schön und lassen sich gut bearbeiten. Sie drücken mit der Zeit nach, haben an dem Stammende oft die prächtigsten Wurzeln in der seltensten Zeichnung. Die vierte Art Kauon findet sich auf St. Domingo, ist gefleckt, dichter und härter als die vor-

genannt, dabei von haltbarer Farbe. Die fünfte Art ist rötlich mit gelben Flecken, ein süßliches aber geringeres Holz; es wird viel in der französischen Galanteriehandlung verbraucht. Um nun durch Imitation (Nachahmung) ein dem Acajou ähnliches Holz, oder rötlicher Farbe zu erhalten, kommt es durchaus nicht allein auf die Farbe, sondern in erster Linie auf die Holzart an, die dem Acajouholz in Bezug auf Struktur, Textur (Verbindung, innerer Zusammenhang) und Schwere, am nächsten stehen; und dies ist unzweifelhaft das weiße Ahornholz. Es ist nun schwer Ihnen die Bestandteile der Beize gerade so passend anzugeben; die Nuance, den Farbenton, dem Holz zu geben, ist eine Kunst, die gelernt und ausprobiert sein will. Wir würden als Bestandteile der Beize für Ahorn zur Nachahmung von Acajou in erster Linie Nigzarin (aus Krappwurzeln hergestellter Farbstoff), Drachablat, Anilinschwarz, auch Mahagonibraun empfehlen. Die Mischung müssen sie dementsprechend einrichten.

Bündheim, F. B. Nach Ihrer Darstellung war es eine geschlossene Gesellschaft, die das Vergnügen abhielt, nichtsdesto-

weniger mußte dasselbe angemeldet werden, wenn das nicht geschehen ist, dürfte das Vergnügen über die Polizeistunde hinaus nicht stattfinden.

M. R. W. bei D. Wenn Sie in W o c h e n l o h n standen, und bei Eintritt in das Arbeitsverhältnis die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage nicht ausdrücklich ausgeschlossen war, dann ja.

Stöhrer, P. K. Bedauern, auf den eingekommen Bericht nicht reagieren zu können. Für uns ist P. nicht Kollege, sondern Inhaber, und da können wir keine Ausnahme machen.

Stendal, K. W. Nächste Nummer.
Herten, J. G. Hud. Loose, Hamburg, Pferdemarkt 56.
Sorbus, R. Ihre Darstellung hätte gerne etwas deutlicher d. h. verständlicher sein dürfen; hoffentlich haben wir Sie nicht mißverstanden.

Schub, S. J. Patentirte Ausziehtische liefern ferner: Bünz, Berlin, Lichterfeldestraße; Kuschweg & Schmitt in Langenbils (Schlesien). (Den Auskunstgelehrten besten Dank.)
M. Gladbach, K. B. Meia.

Verban, E. S. Wenden Sie sich an die Firma Kohlfert & Siebke, Berlin, Neue Grünstr. 18, oder Leichtert & Gubisch, Biegnitz (Schlesien).

Haundorf, F. S. Lassen Sie sich von den einzelnen Schulen Prospektie senden, Sie sehen dann am besten selbst, welche für Sie die geeignetste Schule ist: Tischlererschule Neustadt i. Medlenburg; Tischlererschule Roda (S.-M.); Buglehuber (Hann.); Kunstgewerbeschule in Flensburg, Direktion Saueremann; Tischlererschule Lempo (Detmold); Schulen Wittweida und Holzginden. Wegen Frage 2 können Sie dort auch Auskunft erhalten. Wir glauben ja, wenn Sie darum nachsuchen.

Berichtigung.

In den von uns in Nr. 46 quitierten Gelbern soll es statt Mark überall Francs heißen, was hiermit, um Irrthümern vorzubeugen, richtig gestellt sei.

Für die Schreiner-Gewerkschaft Zürich (Schweiz):
D. Meyer, Kassirer.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.)

Altona. Am Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wwe. Eiler, Korberstraße 37. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der örtlichen Parallele. 2. Fragekasten. 3. Bericht.

Am Sonntag, den 8. Dezember, in demselben Lokale: Berichterstattung der Bericht-Delegierten. Zahlreiche Erscheinungen sind erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Braunschweig. Am Sonntag, den 8. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Bendenstr. 45.

Dresden. Am Donnerstag, den 6. Dezember, Abends 1/9 Uhr: Öffentliche Berichterstattung der Holzarbeiter von Dresden und Umgebung im Restaurant „Zur Eiche“ in Striesen. Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Eichhorn über „Darwinismus“. 2. Gewerkschaftliches. Am zahlreiches Erscheinen ersucht Der Ortsleiter.

Eilenburg. Am Sonntag, den 8. Dezember: Letzte Mitgliederversammlung in diesem Jahre. Da infolge der öffentlichen Volksversammlung unsere letzte Berichterstattung ausgefallen ist, wird Kollege Schwente den Vortrag in dieser Berichterstattung halten, und werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Hamburg. Am Dienstag, den 4. Dezbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Böhlde, Valentinslamp 41 (H. Essl). Tagesordnung: 1. Antrag der Härtenmacher, betr. Lohnbewegung. 2. Bericht von Kattell. Die Ortsverwaltung.

Wilhelmsheben-Bant. Am Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung der Holzarbeiter in der „Ache“, Bant. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen höchstens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Niederrhein. Der Kollege zur Nachricht, daß ich nächst Herberge und Herberge im „Siedenen Kater“, Dübener Thor, bestanden. Derselbst wird die Reihenunterstützung, Abends von 7-8 Uhr, anberufen.

H. Heitfeld, Besatzm., S. d. Post 17.
Hallberstadt. Der Kollege zur Nachricht, daß die Frau nächst Herberge im Herbergs-Weich die Geschäfts in unverständlicher Weise fortführt. Die Ortsverwaltung.

Kempten. Der Kollege zur Nachricht, daß ich nächst Herberge und Herberge im Herbergs-Weich die Geschäfts in unverständlicher Weise fortführt. Die Ortsverwaltung.

Der Tischler Paul Kladny aus Schwednitz in Schlesien, wird gebeten, behufs Bergung der Sache vor Gericht, keine Adresse seinen früheren Arbeitgeber.

Gustav Rothenstein in Sachsenwald ist jetzt mitzutreten. Die Mitgliedsvermutungen werden ersucht, denselben darauf aufmerksam zu machen, oder mir umgehend die Adresse mitzutheilen.

Anforderung.

Mein Sohn, der Tischler Hermann Osberg, geb. 26. Oktober 1872 in Kattowitz, dem hiesigen Holzhandlung unter Buch-Nr. 1186 angehörend, hat seit dem 20. Mai d. dieses mehr von sich hören lassen. Sein letzter Brief lautete aus Würzburg. Ich bitte dringend Jeder, der über den Verbleib meines Sohnes irgend etwas weiß, mir baldmöglichst Nachricht geben zu wollen.

H. Osberg,
Kattowitzer Allee in Schlesien.

Anforderung.

Der Kollege Oskar Rutenfranz aus Bitten a. d. Ruhr wird hiermit angefordert, zwecks Regelung seiner Verbindlichkeiten der hiesigen Zahlstelle gegenüber seine Adresse umgehend an den Unterzeichneten einzuschicken. Kollegen, welche den Aufenthalt desselben wissen, werden gebeten, uns die Adresse mitzutheilen.

R. Rau,
Büchelstr. 8, Bitten a. d. Ruhr.

Warnung.

Die Zahlstellenverwaltungen machen wir darauf aufmerksam, daß unter jetziger Bewollmächtigter Joseph Conrad, Buch-Nr. 3809, die hiesige Lokalkasse unterschlagen hat und von hier abgereicht ist. Sollte derselbe in irgend einer Zahlstelle auftauchen, so wolle man ihm das Mitgliedsbuch abnehmen. Treuen berichten. Die Ortsverwaltung.

Warnung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 37450 des Kollegen Adolf Schmidt, geb. 10. März 1874 zu Laurahütte, ist verloren gegangen. Sollte den Ortsverwaltungen das Buch zu Händen kommen, so wolle man dem Inhaber dasselbe abnehmen und an uns einschicken.

Karl Krey, Kassirer,
B o c h u m, Schützenbahn 5, 1. Et.
Der Tischler Paul Groening, Buch-Nr. 44399, früher in Bernau (Mark) beschäftigt, wird als Zeuge gesucht und gebeten, seine Adresse sofort anzugeben an **Dr. Stammreich, Bernau (Mark).**

Der Tischler Karl Stenzel, Buch-Nr. 22657, zuletzt in Gelsenkirchen, wird hiermit angefordert, seine Adresse umgehend nach hier einzuschicken. **Alb. Hühner, Bevollm., Gelsenkirchen, Ringstr. 7.**

Die Kollegen Gustav Geisler, Buch-Nr. 21200, aus Spremberg, und Bruno Hoffmann, Buch-Nr. 46426, aus Eban i. S., werden ersucht zur Regelung ihrer Angelegenheiten ihre Adressen einzuschicken. Kollegen, denen der Aufenthalt der Obgenannten bekannt ist, werden gebeten, uns davon Mitteilung zu machen. Die Ortsverwaltung Weimar.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Hamburg.
Unter diesjähriges **Winter-Vergnügen,** unter Mitwirkung der Bundes-Vierteltel „Oberon“, findet am **Sonntag, den 1. Dezember,** im Lokale des Herrn Böhlde, Valentinslamp statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.
Am **Sonntag, den 2. Dezember,** Nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale des Herrn Zischler, „Düsseldorfer Hof“, Martinstraße, unter diesjähriges

Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Ball, statt. Eintrittspreis 50 Pf. Damen frei. Gegenüber ladet freundlich ein **Die Ortsverwaltung.**

Drechsler und Böttcher sucht auf Anstellort für dauernd **H. Richter, Holzhandlungsfabrik, Jena.**

Vier Horn Drechsler finden dauernde und lohnende Arbeit bei **C. H. Beck Söhne, Holzhandlung, Ziegenhauer (Nord-Schlesien).**

Werkführer, resp. Meister für die Holzbearbeitungswerkstätte e. größeren Mühlenbau-anstalt gej. Nur auf erste Kraft wird reflektirt, entsprechendes Gehalt wird bewilligt. Bewerber wollen ihre Angebote der Exped. d. Zeitung unter **G. 500** einreichen.

Mein Zeichen-Bureau für Bau- und Möbeltischlerei liefert:

- I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingehenden Maßen und beliebiger Angabe.
 - II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.
 - III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbeltischlerei. 4. neue Auflage. 32 Tafeln. M. 10.
- Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeit überhaupt kalkulirt werden muß, wird jedem Werke beigelegt.

Ernst Rettelbusch, f. B. prakt. Zeichner, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmidstraße 19.

Genossen! Bei Bedarf von Waschhammern empfehle ich meine solid und stark spannende Waare. 100 Stück M. 3,50. Nachsendung gegen Einsendung von 15 Pf. portofrei.

Leo Flaig, Schreiner, Schramberg (Württemberg).

Ede harter Kanarienhähne mit den feinsten Tönen, von 4, 5, 6, 8, 10-20 Stück, versende unter Nachnahme. Garantie für Wert u. b. Ankunft. **Joh. Popp, Schwäge.**

Jeder trage nur das als das Beste anerkannte Kelsen-Heind.

Für Männer jeden Berufes besterzeugendes **Tricot-Heind.** Fast unzerstörbar, warm, wascht, nicht einlaufend. Je nach Wunsch Brust- oder Achselmaß.
Größe: mittel groß ganz groß
M. 2,50 2,75 3.—
Sofen 2.— 2,20 2,40
Vorheringung ob. Nachnahme von 3 St franco.
Gustav Krüdel, Weinverkauf Leipzig.

Nur 2 Mark

kostet ein hochleg. Musikpapierstock (geschützt) prima Qual. Jeder kann sofort ohne Vorkenntnis die schönsten Melodien hervorbringen. Gegen Nachn. oder Voreins. durch **C. Sonnenfeld, Berlin SW. 19.**

Neu! Patent-Bithern (neue verbesserte) Thatsächl. v. Jedem in 1 Stunde nach der vorzähl. Schule ohne Lehrer u. ohne Notenkunntnisse erlernbar. Größe 56 x 38 cm, 22 Saiten, hochseiner u. haltbar gearbeitet, Ton wundervoll. (Prachtinstr.). Preis nur 6 mit Schule u. allem Zubehör. Preisl. gratis. **O. C. F. Miether, Instr.-Fabr., Hannover A.** Händler überall gesucht.

Umsonst

erhält Jeder e. prachtv. **Ocarina** mit ff. Stim, der die neue Volkszither, hochleg., 22 Saiten, großart. Verbest., m. sämtl. Zubehör beisteht. Keine klagvolle Tonville, andere angebotene Waare durchaus über-treffend. Preis M. 6. Nachn. ob. Voreins. **C. Sonnenfeld, Berlin SW. 19.**

Paul Horn, Hamburg
Fabrik chemischer Produkte.
Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Präparat, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelanschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Fließbleipapiere sind überall gelobt, da scharf und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Lein sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechalerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikats zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franco.

Verd.: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Anst & Co. in Hamburg.